

VOLT AMSTERDAM SUPPORTING DOC

DEUTSCHE VERSION

Übersetzung beruht auf der englischen Fassung veröffentlicht am 8. Februar 2019

maschinell übersetzt und grob redigiert

Vorwort

In einer Zeit großer politischer Spannungen entschied eine Gruppe von Europäern aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, dass es an der Zeit sei, sich für das einzusetzen, woran sie glauben. Es war Zeit zu handeln; Volt war geboren. Wir sind zusammengekommen, um für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen, unser Engagement für die Zusammenarbeit zum Ausdruck zu bringen und unseren Glauben an eine gemeinsame Zukunft zu bekunden. Unsere Botschaft ist eine Botschaft der Hoffnung, des Mutes und der Solidarität. Eine Botschaft an alle, um zu sehen, dass die Spaltungen das, was unsere Eltern aufgebaut haben, nicht zerstören werden. Volt wurde geschaffen, um Europa wiederzubeleben und die Probleme zu lösen, die wir alle gemeinsam haben. Volt bietet den Europäern eine neue Vision für Europa, eine Vision, die die gemeinsamen Bestrebungen der EU aufgreift und sich ihren Schwächen stellt.

Im Moment kandidiert Volt für das Europäische Parlament, um neue Energie in die Politik zu bringen und das Europa zu gestalten, das wir alle brauchen.

Ein Europa, das auf einer starken politischen Union basiert, in der die Risiken geteilt werden, in dem die Vorteile alle Europäer erreichen und in dem jeder Mensch eine Stimme hat. Eine Union, die reformiert werden muss. Ein Europa mit einer robusten Wirtschaft, die Chancen für alle bietet, jetzt und für die kommenden Generationen. Eine Union, die ein wirtschaftliches Kraftpaket ist. Ein Europa, das sich um seine Menschen sorgt, wo Kinder eine sauberere Umwelt genießen, wo die Migrationsströme gemeinsam gesteuert werden, wo Rechte garantiert und Verantwortlichkeiten geteilt werden. Eine wirklich fortschrittliche Union.

Es ist in der europäischen Geschichte beispiellos, dass Volt für die Europawahlen auf Grundlage einer einzigen, gemeinsamen Plattform auftreten wird: der Amsterdamer Erklärung. Eine Plattform, die sowohl visionär als auch realistisch ist. Volt will sicherstellen, dass es seine Versprechen hält und sich gleichzeitig mit nichts Geringerem als einem neuen und verbesserten Europa begnügt.

Dieses Dokument nun ist das unterstützende Dokument zur Erklärung von Amsterdam und legt ausführlicher dar, wie wir unsere Verpflichtungen erfüllen wollen und welche finanziellen Auswirkungen dies hat. Dieses Dokument wird in absehbarer Zeit weiter verbessert. Für Feedback oder Anregungen wenden Sie sich bitte an policy@volteuropa.org.

Eine Stimme für Volt ist eine Stimme für:

REFORM DER EU

durch

- Schaffung einer starken politischen Union
- Teilhabe ihrer BürgerInnen
- Erhöhung von Sicherheit und Rechenschaftspflichten

EUROPA ZU EINEM WIRTSCHAFTLICHEN KRAFTWERK MACHEN

durch

- Förderung von Wachstum und den Lebensstandard fördert
- Investitionen in die Zukunft
- Bildung als oberste Priorität

AUFBAU EINER GERECHTEN UND NACHHALTIGEN GESELLSCHAFT

durch

- Nutzung grüner Chancen
- humane und verantwortungsbewusste Steuerung der Migration
- Durchsetzung von Fairness und Gleichberechtigung

REFORM DER EU

→ Schaffung einer starken politischen Union

In den letzten sechzig Jahren hat sich die EU von einem Hüter des Friedens zu etwas viel Wesentlicherem entwickelt. Heute arbeitet die EU daran, Rechte zu sichern, den Handel zu fördern, den gemeinsamen Wohlstand zu steigern und die Umwelt zu schützen. Krisen haben jedoch gezeigt, dass unsere Institutionen nicht in der Lage sind, ihre Ziele in ihrer jetzigen Form zu erreichen. Die EU muss reformiert werden, um ein föderales und wirklich demokratisches Europa zu werden, das von seinen Bürgern geleitet und von ihnen aufgebaut wird.

Vorschläge:

GOVERNANCE

Ein föderales Europa einrichten mit einer europäischen Regierung unter der Leitung eines vom Parlament gewählten Premierministers und einem vom Volk gewählten Präsidenten. Dies wird eine starke, offene und transparente europäische parlamentarische Demokratie schaffen.

Warum? Trotz der Integration und der nachgewiesenen Vorteile einer gemeinsamen Vorgehensweise stellen die Mitgliedstaaten weiterhin ihr eigenes nationales Interesse an die erste Stelle und berücksichtigen nicht das allgemeine Interesse der europäischen Bürger. Neben einer neuen Politik brauchen wir daher neue und verbesserte Institutionen. Diese Änderung beginnt mit einer Europäischen Verfassung, die die derzeitigen Verträge ersetzt und ein starkes Fundament für ein neues und demokratisches Europa schafft. Wir fordern eine echte parlamentarische Demokratie, in der ein vom und aus dem Europäischen Parlament gewählter Ministerpräsident einem Bundeskabinett vorsitzt und die tägliche politische Arbeit der Union leitet. Ein direkt gewählter und zeremonieller europäischer Präsident wird über den Parteien sitzen und die Einheit der EU gewährleisten. Dieses föderale Europa, das auf Subsidiarität beruht, wird eine echte Demokratie gewährleisten, die für alle europäischen Bürger funktioniert. Dies ist zwar eine sehr mutige Verpflichtung, da sie eine breite Unterstützung der EU-Bürger erfordert, aber sie ist eine vorrangige Voraussetzung für die Verwirklichung einer echten Demokratie in Europa.

Wie? Artikel 48 EUV gibt dem Europäischen Parlament das Recht Gesetzesänderungen vorzuschlagen. Gemäß Artikel 48 Absatz 2 werden diese

Vorschläge nach dem ordentlichen Überprüfungsverfahren dem Rat der Europäischen Union vorgelegt, der sie dem Europäischen Rat unterbreitet. Artikel 48 Absatz 3 besagt, dass sein Präsident nach einer einfachen Mehrheitsbeschlussfassung des Europäischen Rates einen Konvent einberufen wird, der die Änderungen prüft und eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten ausarbeitet. Mit der vom Europäischen Rat angenommenen Erklärung von Laeken wurde 2001 ein Europäischer Konvent zur Ausarbeitung des Vertrags über eine Verfassung für Europa eingesetzt. Wir werden Änderungen vorschlagen, die das Parlament dem Rat vorlegen soll, um einen neuen Konvent einzurichten, der mit der Vorbereitung einer Europäischen Verfassung für ein föderales Europa beauftragt wird. Für mehr Demokratie werden wir eine Vorabrevision von Artikel 48 vorschlagen, um die Wahl der Mitglieder des Konvents durch die Bürger zu ermöglichen, und eine Bestimmung, die mindestens die Hälfte der Sitze für Bürger reserviert, die keine Mitglieder des Europäischen Parlaments, Mitglieder der nationalen Parlamente oder Regierungsvertreter sind. Wir werden dafür sorgen, dass sich das Europäische Parlament und die europäischen Bürger insgesamt dieses Themas annehmen, auch durch umfassende öffentliche Konsultationen.

Finanzierung? Die Umwandlung der EU in ein föderales Europa wird an sich keine großen Kosten verursachen, obwohl die neu geschaffene Position des Präsidenten Personal und andere Ausgaben verursachen wird, ebenso wie höchstwahrscheinlich die erweiterten Befugnisse der Kommission. Über seine erweiterten Befugnisse hinaus wird das Europäische Parlament weitgehend unverändert bleiben. Der Rat der Europäischen Union wird eine andere Struktur haben und eine leicht erhöhte Mitgliederzahl gegen eine stabile austauschen (im Vergleich zur Rotation der Minister gemäß der Zusammensetzung der Sitzungen). Der Europäische Rat wird abgeschafft. Insgesamt werden die Regularien und Programme der EU-Institutionen zusammen mit dem EU-Haushalt steigen, aber mit einem ähnlichen Rückgang der Regularien, Programme und des Haushalts der Mitgliedstaaten einhergehen; für viele Haushaltsposten - insbesondere die Verteidigung - wird eine föderale Struktur zu Größenvorteilen und Rationalisierungen der Ausgaben führen.

Ermöglichung der Schaffung echter politischer Parteien in der EU. Die derzeitigen EU-Parteien sind lose Koalitionen nationaler Parteien, oft mit widersprüchlichen Interessen; eine echte EU-Demokratie braucht starke Parteien, die ihre Vision von der Zukunft Europas verteidigen.

Warum? Um das allgemeine Interesse aller europäischen Bürger zu fördern und den europäischen politischen Raum zu stärken, brauchen wir vollwertige, gesamteuropäische politische Parteien anstelle von Bündnissen nationaler Parteien, wie wir sie heute sehen. Deshalb schlagen wir eine Reform der Verordnungen über die europäischen politischen Parteien vor, einschließlich der Möglichkeit für europäische Parteien, offizielle nationale Zweigstellen mit gemeinsamer Finanzierung einzurichten, sowie der Verpflichtung für die Parteien, die von dieser Finanzierung profitieren, diese unter dem Namen ihrer europäischen Partei zu nutzen. Kampagnenmaterial für die Europawahlen sollte nur unter dem Namen der europäischen Parteien erstellt werden.

Wie? Gemäß der Verordnung 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates ist eine "Europäische politische Partei" ein Bündnis nationaler politischer Parteien und bei der Behörde für europäische politische Parteien und Stiftungen registriert. Wir werden diese Verordnung im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens ändern, um einen neuen Rechtsstatus für die europäischen politischen Parteien zu schaffen, indem wir sie als eine einzige Einheit anerkennen und eine gemeinsame Finanzierung ermöglichen.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag birgt keine Kosten für den EU-Haushalt.

Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der EU durch mehrheitliche Beschlussfassung über alle Fragen in den Räten. Derzeit entscheiden die Staaten noch in vielen Fragen einstimmig oder im Konsens, so dass es viel einfacher ist, zu blockieren als zu handeln.

Warum? Krise um Krise hat die Führung der EU ihre Grenzen gezeigt und immer zu wenig und zu spät gehandelt. Insbesondere die Anwendung des Konsenses durch den Europäischen Rat und oft auch durch den Rat der Europäischen Union bedeutet, dass es viel einfacher ist, zu blockieren als zu handeln. Aber bei Demokratie geht es nicht darum, dass alle zustimmen; es geht darum, unsere Meinungsverschiedenheiten zu lösen. Deshalb entscheiden die nationalen Parlamente mit Mehrheit. Daher ist es unerlässlich, die Anwendung der Einstimmigkeit abzuschaffen und es unseren Institutionen zu ermöglichen, bei Bedarf zu handeln. Auf diese Weise bewegen wir uns von einem Europa der Staaten zu einem Europa der Menschen.

Wie? Artikel 15 Absatz 4 EUV sieht vor: "sofern die Verträge nichts anderes vorsehen, werden die Beschlüsse des Europäischen Rates im Konsens gefasst". In Artikel 16 Absatz 3 EUV heißt es dagegen: "Der Rat[der Europäischen Union] beschließt mit qualifizierter Mehrheit, sofern die Verträge nichts anderes vorsehen". In vielen entscheidenden Bereichen ist jedoch noch Einstimmigkeit erforderlich, darunter in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften über die indirekten Steuern. In der Praxis strebt der Rat auch dann nach Einstimmigkeit, wenn er dazu nicht verpflichtet ist, und überträgt strittige Rechtsgebiete an den Europäischen Rat, der im Konsens entscheidet. Wir werden auf eine Änderung des EU-Vertrags hinarbeiten, damit der Europäische Rat mit einfacher und qualifizierter Mehrheit beschließt und Ausnahmen vom Standard-Beschlussfassungsverfahren des Rates aufgehoben werden. In der Zwischenzeit unterstützen wir die Anwendung der verschiedenen Passerelle-Klauseln, um die Einstimmigkeit im Rat nach Möglichkeit aufzugeben.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag birgt keine Kosten für den EU-Haushalt.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Unsere Wirtschaft durch einen Haushalt der Eurozone+, eine Bankenunion und eine vollständige Wirtschafts- und Währungsunion unter der Leitung eines europäischen Finanzministers, der die EU vertreten wird, stärken und nachhaltig gestalten.

Warum? Die Eurokrise und die langsame Erholung und das Wachstum seit der Finanzkrise 2007 haben die Grenzen unserer Wirtschaft aufgezeigt, die so fragil ist wie ihr schwächstes Glied. Unser Grad der wirtschaftlichen Integration, einschließlich des freien Waren- und Kapitalverkehrs, bedeutet, dass die Fragilität in einem Mitgliedstaat nahezu vorprogrammiert ist. Ein Haushalt der Eurozone+ – der die Eurozone abdeckt, aber auch anderen interessierten Ländern offen steht – wird eine Wirtschaftspolitik finanzieren, die die teilnehmenden Mitgliedstaaten zu einer einheitlichen und nachhaltigen Wirtschaft sich entwickeln läßt, auch durch Investitionen in gemeinsame Infrastruktur. Darüber hinaus müssen wir unseren Integrationsgrad mit den richtigen Steuerungsinstrumenten abstimmen, auch durch die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion – zusammen mit der Bankenunion und einer wirklich nachhaltigen Kapitalmarktunion – unter der Leitung eines europäischen Finanzministers, der sicherstellt, dass unsere Wirtschaftspolitik

wirklich für alle Europäer funktioniert.

Wie? Um die demokratische Regierungsführung in der Eurozone und die Rechenschaftspflicht der Eurogruppe zu stärken, werden wir die Ernennung eines engagierten Wirtschafts- und Finanzkommissars unterstützen. Zuerst als eine verstärkte Rolle des Präsidenten der Eurogruppe, dann als eine individuelle politische Position, die sich von der Rolle der Mitgliedstaaten löst und sich der Gewährleistung des wirtschaftlichen Gleichgewichts und der Stabilität der Eurozone widmet. Der Minister wird einen eigenen Haushalt für die Eurozone+ beaufsichtigen. Der Haushalt soll sich aus den Einnahmen aus gemeinsamen europäischen Steuern zusammensetzen, einschließlich eines effektiven Mindestkörperschaftsteuersatzes für alle multinationalen Unternehmen. Um die Wirtschaft weiter zu stabilisieren und zu stärken, werden wir die Bankenunion der EU mit der Fertigstellung von EDIS und der Schaffung gemeinsamer makroökonomischer Stabilisatoren als Teil des derzeitigen Reformpakets der WWU vollenden. Darüber hinaus werden wir uns für die Schaffung einer nachhaltigen Kapitalmarktunion einsetzen, um unsere Kapitalmärkte nicht nur voll integriert, sondern auch nachhaltiger zu gestalten. Die derzeitigen Bemühungen der Kommission um die Festlegung von Taxonomie- und Offenlegungsstandards sind ein guter Anfang, aber es müssen ehrgeizigere Vorschläge unterbreitet werden, um die Nachhaltigkeit im gesamten Finanzsektor umzusetzen.

Finanzierung? Die Ernennung eines europäischen Finanzministers wird an sich keine zusätzlichen Kosten verursachen. Die Schaffung eines Haushalts der Eurozone+ zielt nicht darauf ab, die Ausgaben für die Wirtschaftspolitik und die Entwicklung der Infrastruktur drastisch zu erhöhen, sondern einen Teil dieser Kosten auf die europäische Ebene zu verlagern. Die mit diesem Haushalt verbundenen Einnahmen und Ausgaben können durch einen Rückgang der Einnahmen und Ausgaben in den Mitgliedstaaten ausgeglichen werden.

Der Europäischen Zentralbank die Befugnis geben, Beschäftigung und Wachstum zu unterstützen sowie Finanzkrisen zu verhindern und zu lösen. Neben der Begrenzung der Inflation muss das Mandat der Europäischen Zentralbank erweitert werden, um Beschäftigung, nachhaltiges Wachstum sowie Krisenprävention und -minderung zu fördern.

Warum? Das Hauptziel der Europäischen Zentralbank (EZB) – ihr "einheitliches

Mandat" – ist die Wahrung der Preisstabilität, d.h. die Begrenzung der Inflation. Dies ist zwar eine wichtige Anforderung, aber die Geldpolitik sollte von der EZB auch für andere Ziele genutzt werden, darunter die Förderung von Beschäftigung, nachhaltigem Wachstum sowie Krisenprävention und -minderung – alles unbeschadet der Unabhängigkeit der EZB. Dies ist von wesentlicher Bedeutung, um der EZB mehr Flexibilität zu geben und sicherzustellen, dass ihre Politik in der Lage ist, auf die Anliegen der Bürger einzugehen. Die EZB selbst hat zunehmend versucht, über ihr einziges Mandat hinauszugehen;¹ es ist an der Zeit, dass wir es ihr offiziell erlauben.

Wie? Das Mandat der EZB ist in Artikel 2 "Ziele" der Satzung der Bank im Anhang zu den Verträgen festgelegt. Seine Überarbeitung fällt unter das ordentliche Überprüfungsverfahren. Im Europäischen Parlament wird dem Rat eine Änderung zur Erweiterung des Mandats der EZB vorgeschlagen. Gemäß Artikel 48.3 AEUV ist die EZB in diesem Prozess zu konsultieren. In der Praxis hat sich die EZB bereits bemüht, über ihr enges Mandat hinauszugehen.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag birgt keine Kosten für den EU-Haushalt. Eine Änderung des Mandats der EZB wird nicht direkt zu höheren Kosten führen, da sie es der EZB lediglich ermöglicht, nach einem breiteren Spektrum von Prioritäten zu handeln.

Sicherstellen, dass multinationale Unternehmen ihren gerechten Anteil zahlen, indem eine europäische Körperschaftssteuer von mindestens 15% erhoben und die Körperschaftssteuer in den Mitgliedstaaten harmonisiert wird. Die Steuerhinterziehung durch multinationale Unternehmen untergräbt seit Jahrzehnten die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen.

Warum? Im Jahr 2013 schätzte die Europäische Kommission, dass die Regierungen in der EU jedes Jahr rund 1 Billion Euro durch Steuerhinterziehung und -umgehung

¹ LSE, The Future of the European Central Bank, available at

<http://www.lse.ac.uk/ideas/Assets/Documents/reports/LSE-IDEAS-The-Future-of-the-European-Central-Bank.pdf> , Reuters, European shares recover after US tech rout, available at <https://www.reuters.com/article/us-global-markets/european-shares-recover-after-u-s-tech-rout-dollar-falls-idUSKCN1NI00Y>

verlieren,² während mehrere Länder aufgrund fehlender öffentlicher Mittel strenge Sparmaßnahmen ergreifen mussten. Die Panama Papiere 2016, die Paradise Papiere 2017 und andere haben die weit verbreitete Nutzung von Offshore-Konten und Mantelgesellschaften hervorgehoben, um Vermögen vor europäischen und ausländischen Unternehmen und Einzelpersonen in europäischen Ländern und Jurisdiktionen oder im Ausland zu verstecken.³ Um sicherzustellen, dass alle ihren gerechten Anteil zahlen, müssen die EU-Länder die Steuerpraktiken harmonisieren, die Steuertreue erhöhen, die Steuerpolitik auf EU-Ebene stärken und weiterhin auf globale Transparenzstandards drängen. Unter anderem streben wir die Einführung eines effektiven Mindestkörperschaftsteuersatzes für alle multinationalen Unternehmen an, damit tragbare Unterschiede in den nationalen Volkswirtschaften nicht zu schädlichem Wettbewerb und einem Steuerwettlauf nach unten werden.

Wie? Gemäß Artikel 311 AEUV "erlässt der Rat gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren einstimmig und nach Anhörung des Europäischen Parlaments die Bestimmungen über das System der Eigenmittel der Union". Die Eigenmittel der EU sind derzeit im Beschluss 2014/335 des Rates festgelegt. Im Europäischen Parlament wird Volt die Kommission auffordern, eine Änderung des Beschlusses des Rates und aller anderen relevanten Dokumente vorzubereiten (z.B. die Verordnung 2016/804 des Rates über die Methoden und Verfahren für die Bereitstellung von[Eigenmitteln der EU]). Wir werden auch über das Parlament die laufenden Harmonisierungsbemühungen im Bereich der Unternehmensbesteuerung unterstützen.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag trägt keine Kosten für den EU-Haushalt. Dieser Vorschlag an sich ist kein Weg, die Eigenmittel der EU zu erhöhen,

² "The European Commission has cited previous estimates according to which the annual revenue losses due to tax evasion and tax fraud amount to at least EUR 1 trillion. [A report by the Tax Justice Network] estimated the annual revenue loss due to tax evasion at EUR 956 billion for the EU28", European Parliament, The Impact of Schemes revealed by the Panama Papers on the Economy and Finances of a Sample of Member States, available at [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/572717/IPOL_STU\(2017\)572717_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/572717/IPOL_STU(2017)572717_EN.pdf)

³ The Guardian, What you need to know about the Panama papers, available at

<https://www.theguardian.com/news/2016/apr/03/what-you-need-to-know-about-the-panama-papers>, Irish Times, Lux Leaks, available at <https://www.irishtimes.com/business/lux-leaks>

sondern ihre Herkunft zu ändern: Die Einnahmen aus dieser Besteuerung können durch einen Rückgang der Einnahmen der Mitgliedstaaten ausgeglichen werden. Der Personalaufbau, der notwendig ist, um die Mehreinnahmen zu bewältigen und ihre Erhebung sicherzustellen, ist im Vergleich zu den Gewinnen aus bisher nicht vereinnahmten Körperschaftssteuern, die in die Hunderte von Milliarden Euro gehen, vernachlässigbar.

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments befähigen, die Interessen der Bürger umfassend zu vertreten, indem sie in der Lage sind, Gesetzesvorschläge zu unterbreiten. Als einzige direkt gewählte EU-Institution muss das Europäische Parlament das Recht erhalten, Gesetze zu initiieren - genau wie die nationalen Parlamente.

Warum? Ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist die Fähigkeit der Volksvertreter bei der Gesetzgebung, Gesetze zu erarbeiten und zu verabschieden. Trotz einer Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments gewährt der Vertrag von Lissabon dem Parlament nicht das Recht auf Gesetzesinitiative - also die Befugnis, eigene Gesetze vorzuschlagen. Stattdessen wird das Monopol des Gesetzesvorschlags der Exekutive der EU, der Europäischen Kommission, übertragen. Kein demokratisches Land würde diese Einschränkung akzeptieren und den Vertretern der Bürgerinnen und Bürger Gesetzgebungsbefugnisse verweigern. Unseren Vertretern die Befugnis zur Ausarbeitung von Gesetzen zu übertragen, ist daher ein wesentlicher Schritt für die europäische Demokratie.

Wie? Derzeit sieht Artikel 225 AEUV vor, dass "das Europäische Parlament die Kommission auffordern kann, einen geeigneten Vorschlag [...] zur Umsetzung der Verträge vorzulegen". Damit erhält das Europäische Parlament ein indirektes Recht auf Gesetzesinitiative. Im Rahmen des ordentlichen Überarbeitungsverfahrens werden wir diesen Artikel ändern, um dem Parlament ein direktes Recht auf Gesetzesinitiative durch einen Abgeordneten oder mit einer niedrigen Schwelle einzuräumen.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag trägt keine Kosten für den EU-Haushalt.

Sicherstellen, dass die Arbeit des Parlaments vollständig transparent ist und in letzter Minute Neufassungen und Hinterzimmergeschäfte verhindert werden. Aufzeichnung und Veröffentlichung aller Abstimmungen der Mitglieder des Europäischen Parlaments und eine feste Zeitspanne für die öffentliche Überprüfung von Gesetzentwürfen gewährleisten, bevor über sie abgestimmt wird.

Warum? Während eine Reihe von Abstimmungen elektronisch durchgeführt werden, werden viele immer noch durch Handzeichen gehalten und daher nicht aufgezeichnet - wobei bei der elektronischen Abstimmung nur im Zweifelsfall auf das Ergebnis zurückgegriffen wird. Das reicht aus, um das Ergebnis der Abstimmung zu erhalten, aber nicht für die Protokollierung. Die ordnungsgemäße Rechenschaftspflicht des Parlaments und der einzelnen Mitglieder des Europäischen Parlaments erfordert öffentliche Aufzeichnungen über ihre Abstimmungen über alle Gesetze und Änderungen, in Plenarsitzungen und Ausschusssitzungen, auch auf Kosten einer längeren Abstimmungszeit. Um die öffentliche Kontrolle aller Gesetze und Änderungen zu gewährleisten und politische Vereinbarungen in letzter Minute auf Kosten der Transparenz zu vermeiden, schlagen wir ebenfalls eine verbindliche Frist von 72 Stunden zwischen der Veröffentlichung eines Gesetzes oder einer Änderung und der Abstimmung darüber vor.

Wie? Nach Artikel 232 AEUV gibt sich das Europäische Parlament eine Geschäftsordnung. In dieser Geschäftsordnung heißt es in Titel VII "Tagungen", Kapitel 5 "Beschlussfähigkeit, Änderungen und Abstimmungen", Artikel 178.1: "Im Allgemeinen stimmt das Parlament durch Handzeichen ab". Bei elektronischer Abstimmung besagt Artikel 181.2: "Sofern es sich nicht um eine namentliche Abstimmung handelt, wird nur das numerische Ergebnis der Abstimmung aufgezeichnet". Daher werden die Stimmen der Abgeordneten nur bei Abstimmungen durch "namentliche Abstimmung" (Artikel 180 GO) einzeln aufgezeichnet. Im Interesse der Transparenz werden wir diese Regeln ändern, um sicherzustellen, dass alle Abstimmungen elektronisch durchgeführt, namentlich aufgezeichnet und veröffentlicht werden. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments müssen den Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig sein, und ihre Entscheidungen im Parlament müssen den Bürgern bekannt sein.

In demselben Titel VII der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments heißt es in Kapitel 2 "Geschäftsordnung des Parlaments" Artikel 149 zum Entwurf der Tagesordnung einer Sitzung, dass im Entwurf der Tagesordnung die Abstimmungsstunden für bestimmte Punkte angegeben sein können, die zur Prüfung anstehen". In Kapitel V, zu den Änderungsanträgen, heißt es in Artikel 169.3 über die

"Einreichung und Vorlage von Änderungsanträgen", dass "der Präsident eine Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen setzt". In beiden Fällen werden wir die Geschäftsordnung dahingehend ändern, dass eine verbindliche Frist von 72 Stunden zwischen der offiziellen Online-Veröffentlichung aller zur Abstimmung gestellten Punkte und dem Datum und der Uhrzeit des Wirksamwerdens der Abstimmung eingefügt wird. Diese Änderung muss notwendige Ausnahmen enthalten (z.B. die Abstimmung über einen Antrag, eine Debatte als "dringend" zu behandeln) und kann zu anderen Änderungen führen, um genügend Zeit für die Einreichung von Änderungen zu haben.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine nennenswerten Kosten für den EU-Haushalt. Die allgemeine Verwendung der elektronischen Stimmabgabe und die Aufzeichnung der Stimmen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden keine erheblichen Kosten verursachen. Der elektronische Abstimmungsmechanismus muss oft aktualisiert werden, aber dies wäre im Vergleich zu den Betriebskosten des Europäischen Parlaments vernachlässigbar.⁴

Gewährleistung einer fairen Vertretung aller EU-Bürger und Stärkung der Verbindung zwischen den Bürgern und ihren Vertretern. Dies kann durch die Anwendung der gleichen Abstimmungsregeln für die Wahlen zum Europäischen Parlament in der gesamten EU und dadurch gewährleistet werden, dass die Bürger ihre Mitglieder des Europäischen Parlaments vor Ort wählen und gleichzeitig die Verhältnismäßigkeit wahren.

Warum? Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind die einzige Gelegenheit, bei der alle Europäer gemeinsam für ein gemeinsames Parlament stimmen. Die Art und Weise, wie wir unsere Parlamentsvertreter wählen, ist jedoch von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich. Das Europäische Parlament ist jedoch beauftragt, einen einheitlichen Abstimmungsmechanismus für die Annahme durch den Rat vorzuschlagen. Das Europäische Parlament sollte daher Maßnahmen zur Harmonisierung der Abstimmungssysteme in der gesamten EU vorschlagen,

⁴ The European Parliament's draft budget for 2019 stands at €1.83 billion, of which €139m are appropriated for "computing and telecommunications". European Parliament, General budget of the European Union for the financial year 2019, available at <https://eur-lex.europa.eu/budget/data/DB/2019/en/SEC01.pdf>

einschließlich Wahlalter, Wahltag, geltende Schwellenwerte, Wahlkampfregele und Abstimmungsmechanismen. In Anbetracht der Bedeutung der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in der politischen Repräsentation schlagen wir auch vor, dass alle Parteienlisten für Listenwahlen geschlechtsspezifisch sind, d.h. die Liste würde nicht zwei aufeinanderfolgende Kandidaten desselben Geschlechts enthalten. Was den Abstimmungsmechanismus betrifft, so unterstützen wir eine doppelte Abstimmung, bei der die lokalen Wahlkreise jeweils direkt einen einzigen Vertreter und eine zweite "Parteistimme" mit nationalen Listen eine gewisse Verhältnismäßigkeit gewährleisten. Diese EU-Wahlbezirke sollten so weit wie möglich die bestehenden Verwaltungsgrenzen einhalten.

Wie? Gemäß Artikel 223 Absatz 1 AEUV kann das Europäische Parlament "die Wahl seiner Mitglieder in direkter allgemeiner Wahl" durch "ein einheitliches Verfahren in allen Mitgliedstaaten" zur Annahme durch den Europäischen Rat vorschlagen. Da sich der Europäische Rat nicht auf ein einheitliches Verfahren geeinigt hat, hat er sich für "gemeinsame Grundsätze" entschieden, und die Wahlen müssen auf der Grundlage der Verhältniswahl erfolgen, entweder durch Listen oder "übertragbare Einzelstimmen". Im Einklang mit den oben genannten Grundsätzen werden wir einen Vorschlag zur Annahme durch das Parlament und später durch den Europäischen Rat vorlegen.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag trägt keine Kosten für den EU-Haushalt. Sollte die Harmonisierung der Abstimmungsregeln die europaweite Annahme des Einzelstimmzettels erfordern (bei der die Wähler einen oder mehrere Kandidaten wählen, die ihre Wahl auf einem Stimmzettel angeben, anstatt unter vielen eine Wahl zu treffen), würden sich die finanziellen und ökologischen Kosten der Abstimmung verringern.

REFORM DER EU

→ Teilhabe ihrer BürgerInnen

Die Europäer fühlen sich oft unfähig, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen und an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Sie fühlen sich oft von der Politik ausgeschlossen. Durch die Stärkung der Bürger wird die Demokratie gestärkt. Erstens müssen die Hindernisse für die Integration beseitigt werden. Zweitens müssen die Europäer die Möglichkeit erhalten, nach den Wahlen an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Drittens müssen die Bedingungen für die öffentliche Beratung und eine vernünftige Debatte verbessert werden, damit Europäer und politische Entscheidungsträger fundierte Entscheidungen treffen können.

Vorschläge :

INKLUSION

Beseitigung von Hindernissen für die Stimmabgabe für das Europäische Parlament durch die Ermöglichung der elektronischen Stimmabgabe, die einen besseren Zugang zu den Wahlen für die Wähler ermöglicht, einschließlich derjenigen mit eingeschränkter Mobilität, wie ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Expatriates.

Warum? Die Beteiligung an den Europawahlen ist in allen EU-Mitgliedstaaten auf durchschnittlich nur 43% gesunken.⁵ Ein Teil der Erhöhung der Wahlbeteiligung ist es, die Wahlen für alle zugänglicher zu machen, auch für Wähler mit eingeschränkter Mobilität. Deshalb ist die elektronische Stimmabgabe eine Maßnahme, die weiter untersucht und, wenn Sicherheitsbedenken ausgeräumt werden, auch umgesetzt werden muss. E-Voting ermöglicht es den Menschen, von überall abzustimmen und nimmt ihnen die Hürde, zum Wahllokal zu gehen. Dies wird nicht nur die Stimmabgabe unter den Menschen mit eingeschränkter Mobilität erhöhen, sondern auch und gerade bei jungen Wählern.⁶ Finanztransaktionen auf unseren Smartphones sind bereits ein tägliches Geschäft, jetzt wollen wir die Stimmabgabe ebenso einfach und sicher gestalten.

⁵ Europäisches Parlament, Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014, verfügbar unter

<http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/en/turnout.html>

Wie? Wir werden im Europäischen Parlament einen Vorschlag für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments in einem einheitlichen Verfahren ausarbeiten und uns dabei auf Artikel 223 Absatz 1 AEUV stützen. Mit dem Vorschlag wird der Wahlakt von 1976 geändert,⁷ und den vom Europarat angenommenen Empfehlungen zur elektronischen Stimmabgabe⁸ Rechnung getragen und seine umfassenden Leitlinien zur elektronischen Stimmabgabe umgesetzt.⁹

In einem ersten Schritt werden wir uns nur an Menschen mit eingeschränkter Mobilität wenden: ältere Menschen, Menschen mit einer Behinderung und Expatriates. Wenn zunächst nur diese Personengruppe angesprochen wird, kommt das Hauptziel, das Volt für das E-Voting sieht, zum Tragen: die Steigerung von Beteiligung und Beteiligung. Dies wird auch eine Testphase vorsehen, um Sicherheitsbedenken, die unser Hauptanliegen sind, zu beseitigen. Als zweiter Schritt, wenn Sicherheits-, Überprüfbarkeits- und Anonymitätsprobleme ausgeräumt sind, kann die elektronische Stimmabgabe auf alle Wähler ausgedehnt werden, zusätzlich zur elektronischen Stimmabgabe in öffentlichen

⁶ Europäisches Parlament, Bericht über die elektronische Öffentlichkeit, die elektronische Teilnahme und die elektronische Stimmabgabe in Europa, verfügbar unter

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2011/471584/IPOL-JOIN_ET\(2011\)471584_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2011/471584/IPOL-JOIN_ET(2011)471584_DE.pdf). Für das grundlegende Argument zur elektronischen Stimmabgabe siehe auch WebRoots Democracy, Viral voting, verfügbar unter <https://webrootsdemocracy.files.wordpress.com/2014/05/webroots-democracy-viral-voting.pdf>

⁷ Rat, Akt vom 8. Oktober 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung, abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=OJ:L:1976:278:FULL&from=EN>. Das Wahlgesetz wurde durch den Beschluss 9425/18 des Rates geändert, ist aber noch nicht in Kraft getreten. Rat, Beschluss 9425/18 vom 14. Juni 2018 zur Änderung des Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9425-2018-INIT/en/pdf>

⁸ Europarat, Empfehlung CM/Rec(2017)5[1] vom 17. Juni 2017 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten zu Normen für die elektronische Stimmabgabe, abrufbar unter https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectId=090000001680726f6f6f

⁹ Europarat, Leitlinien zur Umsetzung der Bestimmungen der Empfehlung CM/Rec(2017)5 zu Normen für die elektronische Stimmabgabe, abrufbar unter <https://rm.coe.int/1680726c0b>

⁹ Europarat, Leitlinien zur Umsetzung der Bestimmungen der Empfehlung CM/Rec(2017)5 über Normen für die elektronische Stimmabgabe, verfügbar unter <https://rm.coe.int/1680726c0b>

Wahllokalen.

Finanzierung? Das Programm Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft sowie das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger können genutzt werden. Für die Erforschung und Entwicklung des e-Votings stellt das Programm Horizon 2020 Mittel zur Verfügung. Um die Sicherheit der IT-Systeme hinter dem E-Voting zu gewährleisten, stellt das Programm IT-Systeme zusätzliche Mittel bereit. Im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) kann auch das Programm Digital Europe genutzt werden.

Besserer Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Erleichterung der Interaktion mit öffentlichen Verwaltungen durch die Einführung eines e-ID und die Einrichtung digitaler Verwaltungen in der EU.

Warum? Volt strebt integrative Verwaltungen und eine offene Regierung an. Auf allen Ebenen stehen die Verwaltungen aufgrund einer vernetzten Gesellschaft und einer globalisierten Welt vor komplexeren und sich rasch verändernden Herausforderungen. Oft sind sie nicht in der Lage, dem Tempo dieser gesellschaftlichen Veränderungen zu folgen. Darüber hinaus sind die Verwaltungen noch zu oft verfahrensorientiert und zu wenig bürgernah. Die Kreativität in der Zivilgesellschaft ist unerschöpflich, wir sollten sie nutzen, um diese Herausforderungen anzugehen. Es bedeutet, von der Top-Down-Implementierung zur Bottom-Up-Ko-Gestaltung überzugehen und sich für einen experimentellen, integrativen und multidisziplinären Ansatz zu entscheiden. Neben dem Wechsel der eigenen Verwaltungen kann die EU eine wichtige Rolle als Vermittler für Verwaltungen auf anderer (nationaler und regionaler) Ebene spielen.

Wie? Um eine schnelle und sichere Identifizierung aller Personen zu gewährleisten, die auf Online- und digitale öffentliche Dienste zugreifen, werden wir die eIDAS-Verordnung 910/2014 überprüfen und erweitern, um die Mitgliedstaaten bei der Einführung einer eID zu unterstützen und zu drängen, indem wir Papiausweise durch eine Chipkarte ersetzen und auch leicht zugängliche, aber sichere eID-Software (z.B. eine App) entwickeln.¹⁰ Zweitens will Volt den Bürgern die Möglichkeit geben,

¹⁰ Best Practices finden sich unter anderem in Belgien, wo die Software "Itsme" verwendet wird, verfügbar unter <https://www.itsme.be/en/>

mit öffentlichen Verwaltungen zu interagieren und ihre Ideen und Sorgen zu kommunizieren.

Im Europäischen Parlament und mit Schwerpunkt auf bewährten Verfahren in ganz Europa und der Welt wird Volt gemäß Artikel 288 AEUV Empfehlungen für die nationalen Regierungen zur Umsetzung zweier Maßnahmen ausarbeiten.

(1) Die öffentlichen Dienste intuitiver zu nutzen und nutzerzentrierter zu gestalten und in ihren Verwaltungen offene digitale Plattformen einzuführen, über die die Bürger aktiv teilnehmen und ihre Ideen für bessere öffentliche Dienste und Politiken diskutieren können.¹¹

(2) Platz für Innovationslabors und Innovationsteams für öffentliche Politik schaffen.¹² Das bedeutet, dass die öffentlichen Verwaltungen es Nutzern und Interessenvertretern ermöglichen, Politiken mitzugestalten und die öffentlichen Dienste zu verbessern (a), und es den "iteams" ermöglichen, digitale Lösungen zu entwickeln, um die dringendsten Probleme in einem Wahlkreis (b) anzugehen. Dieser Ansatz stützt sich auf Fähigkeiten und Fertigkeiten, die im öffentlichen Sektor normalerweise nicht verfügbar sind.

Auf europäischer Ebene werden wir die Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments nach Artikel 14 Absatz 1 EUV und 230 ff. AEUV nutzen, um diese Ansätze in den EU-Verwaltungen zu verfolgen. Darüber hinaus wird Volt sich bemühen, jährlich einen Innovationswettbewerb im öffentlichen Sektor zu organisieren, der sowohl für öffentliche Verwaltungen (Best Practices) als auch für Bürger (Ideen)

¹¹ Die digitale Beteiligungsplattform in Berlin, Deutschland, kann als exzellentes Beispiel dienen, siehe Stadt Berlin, Mein Berlin Beteiligungsplattform, verfügbar unter <https://mein.berlin.be> 12 Best Practices finden Sie unter anderem in Großbritannien (Gov.uk, Policy Lab, verfügbar unter <https://openpolicy.blog.gov.uk/> ; das Behavioural Insights Team, über uns, verfügbar unter <https://www.behaviouralinsights.co.uk/>) und Dänemark (Mindlab, Plattform, verfügbar unter <http://mind-lab.dk/>), und der Privatwirtschaft (z.B. Nesta, über, verfügbar unter <https://www.nesta.org.uk/>). Viele weitere Beispiele finden Sie im OECD Observatorium für Innovation im öffentlichen Sektor, Unsere Arbeit, verfügbar unter <https://www.oecd-opsi.org/>

¹² Best Practices finden sich unter anderem in Großbritannien (Gov.uk, Policy Lab, verfügbar unter <https://openpolicy.blog.gov.uk/>; das Behavioural Insights Team, über uns, verfügbar unter <https://www.behaviouralinsights.co.uk/>) und Dänemark (Mindlab, Plattform, verfügbar unter <http://mind-lab.dk/>) sowie im Privatsektor (z.B. Nesta, über, verfügbar unter <https://www.nesta.org.uk/>). Viele weitere Beispiele finden Sie im OECD Observatorium für Innovation im öffentlichen Sektor, Unsere Arbeit, verfügbar unter <https://www.oecd-opsi.org/>

offen ist.

Finanzierung? Der Haushalt der Kommission und die entsprechenden Haushaltsmittel für dezentrale Agenturen können zur Umsetzung dieser Vorschläge auf EU-Ebene verwendet werden. Um die Sicherheit von ID-Systemen zu gewährleisten, stellt das IT-Systems-Programm eine angemessene Finanzierung bereit. Zusätzliche Mittel können von der Connecting Europe Facility bereitgestellt werden. Im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) kann das Programm Digitales Europa für diese Aspekte behandelt werden. Die Finanzierung von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich ist im Rahmen des Programms Horizont 2020 vorgesehen. Die Regulierungsvorschläge verursachen keine Kosten für den EU-Haushalt.

TEILHABE

Ermöglichung der Beteiligung der Europäer an der Politikgestaltung durch die Schaffung digitaler Plattformen und Bürgerversammlungen, beginnend in der EU. Dies gibt den Menschen die Möglichkeit, Feedback zu Gesetzesvorschlägen zu geben, an politischen Entscheidungen teilzunehmen und schließlich das Schicksal ihrer Gesellschaft zu gestalten.

Warum? Die Beteiligung der Menschen an der Politikgestaltung bringt nicht nur die Bürger der Europäischen Union näher, sondern stärkt auch das bürgerschaftliche Engagement, indem sie die demokratische Beratung zu einem Bestandteil des Lebens jedes europäischen Bürgers macht. Das dritte Ziel der nachstehend vorgestellten partizipativen Systeme besteht darin, das Element der ordnungsgemäßen Beratung in die europäische Politikgestaltung aufzunehmen. Die Einbeziehung der einfachen Bürger - Menschen, die kein Interesse am institutionellen Rahmen haben, außer dass sie Bürger sind - wird die Transparenz des politischen Entscheidungsprozesses erhöhen und die politische Beratung auf die besseren Argumente konzentrieren, anstatt privaten Interessen zu dienen. Partizipative Mechanismen haben nicht das Ziel, die repräsentative Demokratie zu ersetzen, sondern sie zu stärken, indem sie die Debatte argumentativ statt interessenorientiert gestalten.

Wie? Zunächst wird Volt eine europäische Bürgerjury bilden, die das Europäische Parlament unterstützt. Diese Jury wird Feedback zu neuen Gesetzen geben und Vorschläge für diese unterbreiten, bevor das Parlament sie in erster Lesung im

Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens nach Artikel 294 AEUV genehmigt. Insofern wird Artikel 59 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments gemäß Artikel 232 AEUV geändert, um die Jury einzubeziehen. Es geht nicht darum, die repräsentative Demokratie zu ersetzen, sondern sie beratender, vernünftiger und weniger interessenorientiert zu gestalten, indem Akteure einbezogen werden, die keinen persönlichen Einfluss auf das Ergebnis haben. Die Jurymitglieder werden durch das Los gezogen und sowohl von Experten auf diesem Gebiet als auch von Experten in der demokratischen Beratung unterstützt.

Als nächstes wird Volt Online-Beratungsplattformen einführen, in denen die Bürger mit Mitbürgern und relevanten Interessengruppen in Kontakt treten können, um ihre Probleme anzugehen. Damit wird die Herausforderung angegangen, dass die Bürger vor ähnlichen Herausforderungen stehen, aber diese werden hauptsächlich im nationalen Kontext diskutiert. Volt wird eine Verordnung erlassen, die zur Vollendung des digitalen Binnenmarkts beiträgt und gemäß Artikel 114 AEUV die gegenseitige Anerkennung nationaler Online-Plattformen ermöglicht und einen EU-weiten demokratischen Standard für solche Plattformen entwickelt.

Drittens wird Volt die Europäische Bürgerinitiative stärken. Es ist das einzige bestehende Instrument für die Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene, funktioniert aber nicht effektiv. Gründe dafür sind die strengen Zulässigkeitsvoraussetzungen der Kommission, das geringe Bewusstsein für ihre Existenz, die mangelnde rechtliche, logistische und finanzielle Unterstützung durch die EU sowie eine allgemeine Haltung, Initiativen nicht ernst zu nehmen. Volt wird die EBI in diesen Punkten verbessern, indem er die EBI-Verordnung 211/2011 vom 16. Februar 2011 weiter überprüft und sie zu einem effektiven Instrument der Bürgerbeteiligung macht.¹³ Darüber hinaus werden wir das Europäische Parlament bei der Debatte und Abstimmung über jede erfolgreiche EBI unterstützen. Dies wird eine stärkere Verbindung zwischen repräsentativer und partizipativer Demokratie fördern.

Schließlich wird Volt einen europäischen Bürgergipfel einrichten, um die neuen

¹³ Europäisches Parlament und Rat, Verordnung Nr. 211/2011 vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative, verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:065:0001:0022:en:PDF> . Unser Vorschlag wird der aktuellen Überarbeitung der Verordnung Rechnung tragen, siehe Kommission, Vorschlag KOM (2017) 482 vom 13. Juni 2017, abrufbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52017PC0482> ; und den laufenden Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU, siehe Rat, Vorschlag 9783/18 vom 19. Juni 2018, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9783-2018-INIT/en/pdf>

Ansichten und Ideen der Bürger einzubeziehen. Dies kann nicht nur die täglichen Entscheidungen in der EU wieder beleben, sondern auch mehr Rationalität in langfristigen Strategien fördern. Volt wird eine Stellungnahme verabschieden, um den Europäischen Rat aufzufordern, einen jährlichen Gipfel einzuberufen und zu diesem Zweck eine Interinstitutionelle Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament zu schließen. Der Gipfel wird aus 1000 zufällig ausgewählten europäischen Bürgern aus allen Mitgliedstaaten bestehen, die für die demografische Perspektive der EU repräsentativ sind. Sie werden über ein langfristiges Thema wie Migration, internationalen Handel, Sozialpolitik, die Zukunft der Union usw. diskutieren. Der Gipfel wird vor den Gipfeln des Europäischen Rates stattfinden, danach werden die Ergebnisse - in Form von Empfehlungen - auf der Tagesordnung stehen. Das Europäische Parlament wird anschließend auch die Ergebnisse des Gipfels diskutieren und eine begründete Antwort geben.

Finanzierung? Die Bürgerjury muss als Ausgabe in den Gesamthaushaltsplan des Europäischen Parlaments integriert werden. Für die anderen Vorschläge stehen das Programm Rechte, Unionsbürgerschaft und Gleichstellung sowie das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Die Regulierungsvorschläge verursachen keine Kosten für den EU-Haushalt.

Den Europäern ein Mitspracherecht bei der Verteilung des Haushalts geben, durch Einführung einer partizipativen Budgetierung in der EU. EU-Bürger sollten entscheiden können, wie ein bestimmter Teil der EU-Mittel ausgegeben wird.

Warum? Wir wollen Europa wieder mit seinen Bürgern verbinden, indem wir ihnen ein Mitspracherecht bei der Verwendung des EU-Haushalts einräumen. Als eines der erfolgreichsten Beteiligungsinstrumente der Welt ist es an der Zeit, die partizipative Budgetierung formal in die EU-Politik zu integrieren. Die direkte Beratung der Bürger über den Haushalt erhöht nicht nur die Transparenz, sondern dient auch als Instrument zur Aufklärung über Regierungsgeschäfte und stärkt die Forderung nach guter Regierungsführung. Durch die Integration der partizipativen Budgetierung in die Regionalpolitik der EU stellen wir sicher, dass sie auf lokaler Ebene praktiziert wird. Die Projekte in der Regionalpolitik sind bereits lokal, wir möchten sie noch einmal von den lokalen Behörden zu den Menschen selbst zurückführen, denn beides macht den Bürgern tatsächlich bewusst, wie die EU sie unterstützt, und es setzt Vertrauen in die Bürger bei der Entscheidung über öffentliche Mittel.

Wie? Im Europäischen Parlament wird Volt die in Artikel 14 Absatz 1 EUV festgelegten Haushaltsbefugnisse des Parlaments und seine Befugnisse im Rahmen des besonderen Gesetzgebungsverfahrens des mehrjährigen Finanzrahmens gemäß Artikel 314 AEUV nutzen, um Mittel für die partizipative Haushaltsführung in die Regionalpolitik der EU und insbesondere in den Kohäsionsfonds und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung einzubeziehen. Wir werden die partizipative Budgetierung in die Partnerschaftsabkommen mit den EU-Mitgliedstaaten über diese Mittel integrieren und mindestens ein Prozent dieser Mittel für partizipative Projekte reservieren. Die antragstellenden Projekte sollten den spezifischen Kriterien des Fonds entsprechen, und darüber hinaus müssen die Projekte zeigen, wie sie die Grundprinzipien der partizipativen Budgetierung integrieren: wiederholte öffentliche Beratung mit Bürgern und lokalen Behörden, Einbeziehung der relevanten Bevölkerung sowie Rechenschaftspflicht und Feedback über die Ergebnisse an die Teilnehmer. Wir werden dafür sorgen, dass die EU für die Schulung und Unterstützung im eigentlichen Prozess sorgt, indem sie als Plattform für den Austausch von Fachwissen und bewährten Verfahren aus anderen Projekten dient. Es wird eine Erfolgsbilanz der verwendeten Prozesse geführt.

Finanzierung? Es werden der Europäische Strategie- und Investitionsfonds genutzt, insbesondere der Kohäsionsfonds und der Europäische Fonds für regionale Entwicklung.

DELIBERATION (??)

Stärkung der Demokratie von morgen mit der heutigen Bildung durch die Vermittlung von Lebenskompetenzen, die auch Medienkompetenz und Bürgerbildung umfassen. Neben der Kenntnis der EU-Institutionen werden sie das aktive Engagement der EU-Bürger im öffentlichen Leben stärken.

Warum? Die soziale und wirtschaftliche Integration sind notwendige Voraussetzungen für eine lebendige und dynamische Demokratie. Um das bürgerschaftliche Engagement und den sozialen Zusammenhalt zu fördern, muss unser Bildungssystem mehr Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung bieten: Vor allem in den Sekundarschulen müssen wir den Schwerpunkt verstärkt auf das Erlernen von Fähigkeiten und Kompetenzen im Leben legen, insbesondere Medienkompetenz und Bürgerbildung. Die Erziehung zur Staatsbürgerschaft sollte Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Freiheit, Toleranz und Frieden hervorheben

und Fähigkeiten wie Empathie und kritisches Denken fördern. Wir müssen zunehmend über Lebenskompetenzen aus internationaler und EU-Perspektive nachdenken.

Wie? Im Europäischen Parlament werden wir im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens daran arbeiten, Anreizmaßnahmen gemäß Artikel 165 Absatz 4 AEUV, erster Spiegelstrich, in Form von Beschlüssen und Verordnungen zu ergreifen, um die nationalen Regierungen zu ermutigen, Programme zur Staatsbürgerschaftsbildung in nationalen Lehrplänen anzubieten, wobei die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Annahme der spezifischen Inhalte zu respektieren ist. Volt wird die Initiative 2013 "Learn EU at school" verbessern und erweitern.¹⁴

Die Etablierung der europäischen Dimension im Bildungswesen umfasst: 1) Festlegung von Schlüsselkompetenzen und -fähigkeiten für Schüler; 2) Schulungen für Lehrer von Grund- und Sekundarschulen zur Förderung des kritischen Denkens, der Medienkompetenz und der Kenntnis der komplexen gegenwärtigen demokratischen und politischen Landschaft Europas, z.B. durch Gipfeltreffen und häufigen Austausch zwischen Lehrern aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten, damit aktuelle Praktiken, Probleme und Lösungen in Europa geteilt werden können.

Darüber hinaus müssen in den Grund- und Sekundarschulen der EU-Mitgliedstaaten Programme zur Medienkompetenz angeboten werden, die Theorie, ein "Learning by Doing"-Element und bewährte Praktiken beinhalten, um das kritische Denken der Schüler zu fördern. Ebenso wichtig ist das lebenslange Lernen außerhalb der Schule: Je nach Berufsfeld werden Workshops angeboten, in denen die Bürger darüber informiert werden, wie sich aktuelle EU-Vorschriften auf ihren Berufsbereich auswirken könnten und wie sie selbst als EU-Bürger Auswirkungen auf diese Vorschriften haben können.

Schließlich sollte eine europäische Überwachungsstelle eingerichtet werden, die einen PISA-ähnlichen Test beinhaltet, der die Lebenskompetenzen und Fähigkeiten der EU-Bürger in der Grund-, Mittel- und Hochschulbildung bewertet.

¹⁴ Siehe Kommission, Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen EACEA/18/11 über Informations- und Forschungsaktivitäten für das "Lernen der EU in der Schule", verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:174:0008:0010:EN:PDF> ; und Kommission, Abschlussbericht über das "Lernen der EU in der Schule", verfügbar unter <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/83be95a3-b77f-4195-bd08-ad92c24c3a3c>

Finanzierung? Die Programme Europa für Bürgerinnen und Bürger und Erasmus+ bieten eine angemessene Finanzierung. Die Regulierungsvorschläge verursachen keine Kosten für den EU-Haushalt.

Schaffung echter, vertrauenswürdiger europäischer Nachrichten durch die Einführung einer gemeinsamen europäischen öffentlichen Rundfunkplattform. Dies wird den EU-Bürgern ein wirksames Mittel zur Verfügung stellen, um Informationen zu erhalten.

Warum? Die Verbreitung von Informationen ist nicht nur eine Frage von wirtschaftlicher Bedeutung für Märkte und Verbraucher. Vielmehr ist die Verbreitung von Informationen über öffentliche Medien eine Frage von kultureller und demokratischer Bedeutung für die Bürger. Die Bürger müssen in der Lage sein, Informationen auf der Ebene und aus der Perspektive, an der sie teilnehmen, zu bewerten. Das betrifft nicht nur die lokale, regionale und nationale Ebene, sondern auch die europäische Ebene. Informationen und Nachrichten sind nicht auf geografische Bereiche beschränkt, ebenso wenig wie ihre Verbreitung. Daher muss es neben den nationalen öffentlichen Medien eine europäische Plattform geben, um die Verbreitung und den Austausch von Informationen zu erleichtern. Dies wird nicht nur eine europäische Öffentlichkeit erleichtern, sondern den Bürgern auch eine andere Perspektive bieten, ihre Informationen aus verschiedenen Perspektiven zu bewerten.

Wie? Um den Zielen sowohl in Artikel 165 (Bildung) als auch in Artikel 167 (Kultur) AEUV und im Rahmen des Programms Creative Europe gerecht zu werden, muss die EU Anreizmaßnahmen ergreifen, um den Informationsaustausch zwischen den nationalen Nachrichtenagenturen und -verteilern zu erleichtern, unter anderem durch die Übersetzung nationaler Inhalte (1), und die nationalen Plattformen für öffentliche Medien durch die Einrichtung einer Europäischen Rundfunkplattform ergänzen, die Nachrichten und Informationen aus ganz Europa sammelt und an die verschiedenen nationalen Medienverteilzentren verteilt (2a) und Informationen über ihre eigenen Medienplattformen (sowohl Fernsehen, Radio und Internet) verbreitet (2b). Die Plattform wird sich insbesondere mit der Verbesserung des Wissens über die europäische Kultur, Geschichte und ihre Vielfalt befassen und als Plattform für das künstlerische und literarische Schaffen und den Austausch in ganz Europa dienen (3).

Finanzierung? Das Programm Creative Europe, das Programm Europe for Citizens und die Connecting Europe Facility können für die Finanzierung genutzt werden.

REFORM DER EU

→ Erhöhung von Sicherheit und Rechenschaftspflichten

Sicherheit, Transparenz und Antikorruptionsmaßnahmen sind unerlässlich, um Vertrauen in die Regierungen zu schaffen. Die EU kann und muss in jedem dieser Bereiche mehr tun. Während die Mitgliedstaaten viel in die Sicherheit investieren, werden viele Ressourcen aufgrund von Doppelinvestitionen und Ineffizienzen verschwendet. Die EU ist besser in der Lage, mit grenzüberschreitenden Bedrohungen umzugehen. Der Kampf gegen die Korruption und die Bemühungen um mehr Transparenz müssen deutlich verbessert werden.

Vorschläge:

SICHERHEIT

Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten durch den Aufbau einer europäischen Armee engagierter Mitgliedstaaten und gleichzeitig Arbeit für die Schaffung EU-weiter ständiger Streitkräfte mit einem einheitlichen EU-Militärkommando unter ziviler Kontrolle.

Warum? Sicherheit ist eine Voraussetzung für dauerhafte Demokratie und Wohlstand. Trotz eines dauerhaften Friedens in den Mitgliedstaaten stehen die Grenzstaaten unter erneuten Spannungen und die Nachbarländer stehen weiterhin vor Krisen. Die EU kämpft darum, auf diese neuen Bedrohungen zu reagieren, und hatte nur begrenzte Erfolge. Die einzelnen Mitgliedstaaten sind aufgrund von Haushaltsbeschränkungen und Personalmangel nicht in der Lage, sich diesen Herausforderungen allein zu stellen. Die Schaffung einer einheitlichen europäischen Armee, die einem Europäischen Verteidigungsministerium unterstellt ist und einen einheitlichen Ansatz verfolgt, wird es ermöglichen, die erforderlichen Ressourcen zu bündeln und die für die Gewährleistung unserer kontinuierlichen Sicherheit erforderliche Größenordnung zu erhöhen. Dies würde bedeuten, dass die Verteidigungsfähigkeiten Europas erheblich verbessert werden und gleichzeitig Kosteneinsparungen erzielt werden, verglichen mit der derzeitigen, ineffizienten Situation, in der nationale Armeen in der EU verschiedene Waffen und Verteidigungssysteme separat kaufen und besitzen.

Wie? In Artikel 42 Absatz 2 EUV heißt es, dass die "Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU [...] nach einem Beschluss des Europäischen Rates zu einer gemeinsamen Verteidigung führen wird". Im Europäischen Parlament wird Volt

über den Sicherheits- und Verteidigungsausschuss den Europäischen Rat auffordern, zu handeln. Ebenso werden wir den Rat der Europäischen Union und die Kommission auffordern, die bestehenden Bestimmungen für die europäischen Verteidigungsinstitutionen - wie die Europäische Verteidigungsagentur (Beschluss des Rates 2015/1835) oder das Europäische Nachrichten- und Lagezentrum (Teil des Europäischen Auswärtigen Dienstes) - zu ändern und sie einem Europäischen Verteidigungsministerium unterstellen. Dieses Europäische Verteidigungsministerium wird ein integriertes ziviles Kommando über ein einheitliches europäisches Militär sicherstellen. Wir werden die willigen Mitgliedstaaten - insbesondere die langjährigen regionalen Partner wie die Benelux-Länder und die baltischen Staaten - auffordern, ihre militärischen Fähigkeiten zu vereinheitlichen. Wenn die Vorteile ihrer gemeinsamen Verteidigung aufgezeigt werden, werden andere Mitgliedstaaten ermutigt, sich daran zu beteiligen. Schließlich werden wir die Schaffung zusätzlicher Verteidigungsstrukturen zur Unterstützung dieser Vereinigung unterstützen, einschließlich des operativen Hauptsitzes zur Straffung der laufenden militärischen und zivilen EU-Missionen und einer EU-Militärakademie zur Bildung der nächsten Generation europäischer Offiziere. Der 2017 beschlossene Europäische Verteidigungsfonds ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Finanzierung? Dieser Vorschlag an sich schafft keine zusätzlichen Militärausgaben, sondern wird sie schrittweise von der Ebene der Mitgliedstaaten auf die europäische Ebene verlagern; Militärausgaben aus den Verteidigungshaushalten der Mitgliedstaaten werden von der Europäischen Union übernommen. Darüber hinaus wird die Vereinheitlichung der nationalen Streitkräfte zu erheblichen Größenvorteilen und Rationalisierungen der Ausgaben führen. Im Jahr 2017 gaben die EU28 (ohne die Verteidigungsausgaben der EU-Organe) insgesamt fast 243 Milliarden Dollar aus, und das größere integrierte Militär - das französische - umfasste insgesamt 378.000 Männer und Frauen; im selben Jahr gaben die USA 610 Milliarden Dollar aus, ergaben aber ein Militär von 2,2 Millionen Männern und Frauen.¹⁵

Stärkung der inneren Sicherheit in Europa, indem die derzeitige Strafverfolgungsbehörde der EU (Europol) in eine echte föderale Polizeieinheit

¹⁵ SIPRI, Militärausgaben-Datenbank, verfügbar unter <https://www.sipri.org/databases/milex>

umgewandelt und ihr die Befugnis zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, des Terrorismus und der Bedrohungen der Cybersicherheit übertragen wird.

Warum? Seit dem Schengener Abkommen von 1985 haben die Mitgliedstaaten die Grenzkontrollen schrittweise aufgehoben. Dies war zwar ein entscheidender Schritt nach vorn für die EU und bleibt ein Eckpfeiler des europäischen Projekts, hat aber auch Hindernisse für die grenzüberschreitende Kriminalität beseitigt. Im Interesse der Lösung dieses Sicherheitsproblems und um die Sicherheit unserer Bürger besser zu gewährleisten, müssen diese offenen Binnengrenzen durch eine Strafverfolgungsbehörde ergänzt werden, die in der Lage ist, ohne vorherige Zustimmung der Mitgliedstaaten grenzüberschreitende Angelegenheiten in der gesamten EU zu bearbeiten. Ebenso braucht die EU eine einzige Nachrichtenagentur, um unsere Intelligenz- und Abwehrkräfte zu verbessern.

Wie? Artikel 88 AEUV besagt, dass "alle operativen Maßnahmen in Verbindung und im Einvernehmen mit den[nationalen] Behörden, deren Hoheitsgebiet betroffen ist, durchgeführt werden müssen" und dass "Zwangsmaßnahmen[bleiben] in der ausschließlichen Zuständigkeit der zuständigen nationalen Behörden". Im Europäischen Parlament wird Volt vorschlagen, diese Bestimmungen zu ändern und das Mandat von Europol (Verordnung 2016/794) zu überprüfen, Europol Exekutiv- und Zwangsbefugnisse zu erteilen und es Europol zu ermöglichen, in grenzüberschreitenden Fällen tätig zu werden, zu ermitteln und Verhaftungen vorzunehmen. Wir werden auch den Rat der Europäischen Union, insbesondere seine Zusammensetzung für Justiz und Inneres, nachdrücklich auf die Schaffung einer EU-Nachrichtenagentur drängen.

Finanzierung? Die Umwandlung von Europol in eine echte föderale und autonome Polizeieinheit wird ihre Operationen und ihren Haushalt drastisch erweitern. Die notwendigen Ausgaben können teilweise durch eine Verringerung der nationalen Sicherheitsbudgets ausgeglichen werden, da grenzüberschreitende Bedrohungen zunehmend auf europäischer Ebene angegangen werden. In der Zwischenzeit plant die EU bereits 2 Mrd. EUR in den Schutz der digitalen Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratien der EU zu investieren, indem sie die Cyberverteidigung und die Cybersicherheitsindustrie der EU fördert, modernste Cybersicherheitsausrüstung und -infrastruktur finanziert und die Entwicklung der notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse unterstützt. Der Vorschlag baut auf dem breiten Spektrum der im September 2017 vorgestellten Cybersicherheitsmaßnahmen und auf der ersten EU-weiten Gesetzgebung zur Cybersicherheit auf, die im Mai 2018 in Kraft getreten ist.

Gewährleistung der Sicherheit der digitalen Infrastrukturen der EU, indem die gesamte EU-Software Open Source wird. Dies wird die Abhängigkeit von monopolistischen Unternehmen verringern und unsere Institutionen billiger, transparenter und widerstandsfähiger gegen Datenschutzverletzungen machen.

Warum? Da Verwaltungsprozesse in den digitalen Bereich verlagert werden, wird die Bedeutung der Kontrolle nicht nur über die digitale Infrastruktur, sondern auch über den laufenden Quellcode immer wichtiger. Die Abhängigkeit von proprietären oder monopolistischen Softwareanbietern führt zu Sicherheitsschwachstellen und begrenztem Zugang oder Kontrolle darüber, was mit den Daten der Bürger geschieht. Es verhindert auch, dass ein wettbewerbsfähiges Ökosystem von Open-Source-Regierungslösungsanbietern gepflegt wird, was letztendlich zu weniger Innovation und Verständnis für die verwendeten Technologien führt.

Wie? Wir werden die Kommission aktiv auffordern, eine neue EU-Richtlinie einzuführen, die die EU-Abteilungen und -Institutionen verpflichtet, auf FLOSS-Software (Free/Libre und Open Source Software) umzustellen, es sei denn, die weitere Verwendung proprietärer Software kann gerechtfertigt werden. Zu diesem Zweck werden wir auch mit gutem Beispiel vorangehen und Best Practices für die Nutzung von Open-Source-Software einführen, wo immer dies möglich ist, und andere politische Parteien einbeziehen, um dem Beispiel zu folgen. Wir werden auch die Einführung auf nationaler Ebene empfehlen und das Bewusstsein für die Vorteile der FLOSS-Software gegenüber proprietären Lösungen schärfen, die es einem Ökosystem von Anbietern ermöglichen, die sich auf offene staatliche IT spezialisiert haben. Darüber hinaus werden wir parallel dazu einen Bottom-up-Ansatz anstreben, indem wir die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung durch grundlegende Softwareentwicklungsschulungen stärken und ihren Übergang von einzelnen Softwarebenutzern zum Verständnis der tatsächlichen Funktionsweise von Tools beginnen und die zuvor für Lizenzen bereitgestellten freien Budgets nutzen, um Lösungen auf spezifische und sich entwickelnde administrative Bedürfnisse zuzuschneiden.

Finanzierung? Die Abschnitte über Cybersicherheit und Vertrauen, über die Sicherstellung einer breiten Nutzung digitaler Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft und über digitale Fähigkeiten aus dem im Mehrjährigen Finanzrahmen 2019 eingeführten Programm Digital Europe können für die Finanzierung genutzt werden.

TRANSPARENZ

Erhöhung der Transparenz der EU, indem alle gewählten EU-Beamten verpflichtet werden, ihre Bürokosten und -ausgaben offen zu legen.

Warum? Die Europäische Union wird oft kritisiert, weil sie ein Verwaltungsriese ist, der aus der Ferne arbeitet. Undurchsichtige Prozesse und unverständliche Entscheidungen führen zu einem Vertrauensverlust in die Institutionen - je weiter weg, desto ausgeprägter. Volt ist der Ansicht, dass Vertrauen bei Transparenz beginnt und will daher neue Standards für Rechenschaftspflicht, Zugänglichkeit und Offenheit in den EU-Institutionen festlegen.

Wie? Volt wird sich für eine stärkere Rechenschaftspflicht in der EU-Politik einsetzen, indem er den Mittelzufluss für EU-Beamte veröffentlicht und deren Verwendung nach Projekten/Begünstigten ohne Gehaltsabrechnung aufgeschlüsselt und prägnant und verständlich darstellt. Der gleiche Standard gilt auch für den EU-Haushalt im Allgemeinen, einschließlich zugänglicher Ausschreibungen und der Bereitstellung von Informationen für die Bürger, welches Budget für welchen Lieferanten für welche Dienstleistung bereitgestellt wurde. Wir beabsichtigen, das Amt für Betrugsbekämpfung der Europäischen Union (OLAF) mit Untersuchungsbefugnissen in diesen Fragen auszustatten. Ein weiterer wichtiger Punkt, der angegangen werden muss, ist die mangelnde Transparenz in Bezug auf die Einkommen der EU-Wahlbeamten. Wir wollen, dass die gewählten EU-Beamten eine Finanzaufsicht veröffentlichen müssen, die das Vermögen dieser Beamten bei ihrem Amtsantritt und bei ihrem Ausscheiden aus dem Amt umfasst. Schließlich werden wir einen Mechanismus einrichten, der eine ständige Überprüfung und eine bessere Durchsetzung der bestehenden Verhaltenskodizes und Selbstregulierungsvereinbarungen ermöglicht, zu denen Parlamentarier und Lobbyisten gehalten werden, um die Grauzone der politischen Einflussnahme zu minimieren.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag trägt keine Kosten für den EU-Haushalt. Das EU-Betrugsbekämpfungsprogramm kann für die Finanzierung von OLAF und des vorgeschlagenen Mechanismus genutzt werden.

Schutz der Presse und der Informanten durch strenge Richtlinien, die die staatliche Bestrafung für die Veröffentlichung vertraulicher Informationen im öffentlichen Interesse begrenzen.

Warum? Die Pressefreiheit ist ein Instrument, das dazu beiträgt, eine offene öffentliche Debatte auf der Suche nach der Wahrheit in den europäischen politischen Systemen zu erleichtern. Dieses Instrument hat jedoch Einschränkungen, wenn es um Whistleblowing geht. Unser Ziel ist es, einen gemeinsamen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit Whistleblowing mittels analoger und digitaler Presse zu schaffen. In diesem Rahmen unterstützen wir Rechtsvorschriften, die einen Ansatz ermöglichen, der das Whistleblowing fördert, wenn es im öffentlichen Interesse liegt, anstatt es zu behindern.

Wie? Volt wird auf eine vollständige und rasche Umsetzung und Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz vor Informanten in allen Mitgliedstaaten drängen. Wir werden auch die Umsetzung der 30 Grundsätze von Transparency International zum Schutz von Hinweisgebern in Rechtsvorschriften unterstützen und uns für eine entsprechende Stärkung der europäischen Rechtsvorschriften einsetzen. Schließlich werden wir eine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten einführen, sicherzustellen, dass jede öffentliche, private oder dritte Sektororganisation über einen speziellen Mechanismus verfügt, um korrupte Straftaten intern oder gegebenenfalls extern den Vollzugsbehörden zu melden, ohne Angst vor Repressalien zu haben.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt. Das EU-Betrugsbekämpfungsprogramm und das Programm Digital Europe können zur Finanzierung der speziellen Mechanismen genutzt werden.

Alle Lobbyarbeit bei den europäischen Institutionen transparent und überwacht machen. Die Registrierung aller Lobbying-Aktivitäten in das öffentliche Transparenzregister wird verbindlich vorgeschrieben und ein strenger Verhaltenskodex eingeführt.

Warum? Die europäischen Bürger haben das Recht zu erfahren, welche externen Faktoren zum Entscheidungsprozess der Europäischen Union beitragen. Transparenz erhöht die Rechenschaftspflicht, gibt Sicherheit für den notwendigen Dialog mit Lobbyisten oder Interessenvertretern bei der Politikgestaltung und stellt sicher, dass

sich alle Parteien korrekt verhalten. In seiner jetzigen Form entspricht das freiwillige Europäische Transparenzregister nicht dem tatsächlichen Stand der Transparenz, wenn es um Lobbyisten geht, die Einfluss auf die in der EU stattfindenden Gesetzgebungs- und Exekutivprozesse nehmen. Wir wollen die Diskussion darüber wieder beleben und die Transparenzmaßnahmen zur Stärkung des Vertrauens der Bürger in die EU-Institutionen vertiefen. Schließlich erkennen wir an, wie wichtig es ist, eine gesunde Transparenzkultur in den Mitgliedstaaten zu verbreiten.

Wie? Volt wird sich für die Reform des Europäischen Transparenzregisters einsetzen, um alle EU-Institutionen, insbesondere den Rat, einzubeziehen und es für alle Lobbyisten- und Interessenvertretungsorganisationen und Einzelpersonen verbindlich zu machen. Wir werden auch obligatorische, sachliche und motivierte Einträge für Lobbyisten und Interessenvertretungen verlangen. Als Mittel zur Durchsetzung werden wir klare Sanktionen gegen Abgeordnete des Europäischen Parlaments oder EU-Beamte aller Institutionen und Agenturen für Treffen mit nicht registrierten Lobbyisten vorsehen. Zu diesem Zweck werden wir die Kommission auffordern, einen verbindlichen Verhaltenskodex für alle Beamten einzuführen, die in Ämter in den EU-Organen gewählt wurden, der mindestens die folgenden Aufgaben umfasst: 1. Veröffentlichung aller Kontakte mit Lobbyisten oder Interessengruppen. 2. Bericht über alle angebotenen Geschenke, Gefälligkeiten, Sonderbehandlungen oder Einladungen. 3. Ablehnung jedes Geschenks mit einem Wert über[€50]. 4. Betonung, dass "Quid pro Quo"-Szenarien oder eine persönliche "Verschuldung" strikt vermieden werden muss, wenn es um Geschenke, Gefälligkeiten oder Sonderbehandlungen auf individueller Ebene geht. Wir sehen auch, dass ein erheblicher Teil der Lobbyarbeit auf nationaler Ebene stattfindet. Deshalb werden wir uns aktiv für die Einbeziehung der Umsetzung von Lobbying-Regeln auf nationaler Ebene einsetzen. Darüber hinaus wird Volt sich für die Einrichtung eines Ethikausschusses des Europäischen Parlaments als AFCO-Unterausschuss mit einem streng verbindlichen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments und ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments einsetzen, um Interessenkonflikte, unangemessenen Einfluss und eine kohärente Wechselwirkung zwischen Regulierungs- und Gesetzgeberrolle, besser bekannt als die "Drehtür", zu vermeiden. Der Unterausschuss muss in der Lage sein, der AFCO Fälle zu empfehlen oder die Strafverfolgungsbehörden einzuschalten. Schließlich werden wir uns für die Stärkung des Sekretariats des Gemeinsamen Transparenzregisters mit ausreichender Finanzierung einsetzen.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt. Der Haushalt des Europäischen Parlaments kann für die Finanzierung des Unterausschusses herangezogen werden.

KORRUPTION

Die EU-Projektfinanzierung von den nationalen Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung abhängig machen. Die Mitgliedstaaten, die die Korruption bekämpfen, werden für ihre Bemühungen belohnt; wer dies nicht tut, wird bestraft.

Warum? Korruption nimmt in den einzelnen Ländern unterschiedliche Formen an, aber ob sie nun den unaufdringlichen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen oder die faire Vertretung des Interesses der Bürger an der Politik beeinträchtigt, Korruption belastet immer eine funktionierende Gesellschaft und die Demokratie als Ganzes. Während viele EU-Länder auf der Liste der am wenigsten wahrgenommenen Korruption von Transparency International ganz oben stehen (Stand 2017)¹⁶ oder sich deutlich verbessert haben (z.B. Griechenland), haben mehrere EU-Mitgliedstaaten laufende oder zunehmende Probleme mit der Korruption und rangieren auf Platz 69.

Wie? Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU-Projektfinanzierung, die den zu verwaltenden nationalen Institutionen zugewiesen wird, bis zu einem gewissen Grad von den nationalen Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung abhängt. Zu diesem Zweck wird Volt die derzeit angewandten Methoden für die Zuweisung von EU-Mitteln ändern. Länder mit hohen oder sich verbessernden Rankings sollten ihren Kampf gegen die Korruption in Form von zusätzlichen Mitteln oder günstigeren Bedingungen belohnt bekommen, während Mittel für korruptionsgefährdete Projekte bei der Verteilung an Länder mit niedrigerem Rang eine Malusreduktion erhalten sollten. Wir arbeiten auch auf ein System hin, bei dem die Vergabe von Fonds für Mitgliedstaaten, in denen Korruption weit verbreitet ist, einer strengen Ausgabenkontrolle unterliegen soll, um Veruntreuung zu vermeiden und sicherzustellen, dass die Fonds ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis bieten. Dies wird auf Projektbasis einen Anreiz schaffen, auf Korruption zu verzichten, da die verfügbaren Gesamtmittel sinken. Schließlich werden wir die Rolle des Netzes der EU-Verbraucherzentren im Hinblick auf den Verbraucherschutz ausbauen und die Mittel bereitstellen, mit denen die Bürger auf alltägliche Korruption hinweisen können, um das Problem zu visualisieren und Druck auf Veränderungen auszuüben.

Finanzierung? Das EU-Betrugsbekämpfungsprogramm kann für die Finanzierung

¹⁶ Transparency International, Corruption Perceptions Index 2017, verfügbar unter https://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2017

genutzt werden.

Korruptionsbekämpfung durch die Vergabe neuer Ermittlungsbefugnisse an die Europäischen Betrugsbekämpfungs- und Staatsanwaltschaften und die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Bürgerbeauftragten, einschließlich der Prüfung des verdächtigen Umgangs mit öffentlichen Mitteln.

Warum? Derzeit wird die Mehrheit der Anti-Korruptionsinitiativen auf nationaler Ebene durchgeführt. In einer immer engeren Union ist es von großer Bedeutung, dass die Gelder der europäischen Bürger nicht durch korrupte Praktiken verschwendet werden. Um dies zu erreichen, brauchen wir Antikorruptionseinrichtungen, die auf europäischer Ebene tätig sein können.

Wie? Wir werden uns dafür einsetzen, das institutionelle Engagement der EU durch die folgenden drei Maßnahmen zu stärken:

Erstens werden wir den Anwendungsbereich des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung auf die Lobbyarbeit und die illegale Beeinflussung öffentlicher Akteure ausdehnen, indem wir auf die Ersetzung der Verordnung 883/2013 durch eine aktualisierte Verordnung drängen, die diese Schwerpunkte enthält.

Zweitens werden wir die Befugnisse des Europäischen Bürgerbeauftragten erweitern, damit er die Europäische Staatsanwaltschaft auf Fälle im Zusammenhang mit Korruption, die in einem der europäischen Mitgliedstaaten auftreten, aufmerksam machen kann, indem wir Artikel 228 AEUV und das Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten dahingehend ändern, dass die Aufsicht nicht nur über die Organe, Einrichtungen und Organe der EU, sondern auch über die der jeweiligen Mitgliedstaaten einbezogen wird. Wir werden uns für ein neues System einsetzen, bei dem das Büro des Europäischen Bürgerbeauftragten das Büro des Nationalen Bürgerbeauftragten leitet und die sie umgebenden Regeln und Vorschriften standardisiert.

Drittens werden wir den Schwerpunkt der Europäischen Staatsanwaltschaft so anpassen, dass die Bekämpfung der Korruption in all ihren Formen einbezogen wird. Um dies zu erreichen, werden wir uns dafür einsetzen, den Anwendungsbereich der Europäischen Staatsanwaltschaft zu erweitern, indem wir die Teilnahme an ihr für alle Mitgliedstaaten verbindlich machen, die Veruntreuung von EU-Mitteln zu ihren Kernaufgaben hinzufügen, ihren Haushalt aufstocken und ihr Personal aufstocken,

um der erhöhten Arbeitsbelastung gerecht zu werden. Finanzierung? Das EU-Betrugsbekämpfungsprogramm und der Haushalt des Europäischen Parlaments können für die Finanzierung genutzt werden.

EUROPA ZU EINEM WIRTSCHAFTLICHEN KRAFTWERK MACHEN

→ Förderung von Wachstum und Lebensstandard

Der Mangel an qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen in vielen europäischen Ländern ist immer schädlicher, insbesondere für die europäische Jugend. Ohne genügend Arbeitsplätze, Raum für Unternehmertum und gleiche Chancen für alle wird der Kontinent nicht gedeihen. Das Unternehmertum muss gefördert und der Zugang zu Chancen erleichtert werden. Die Arbeitslosigkeit sollte bekämpft werden, indem in Bildung investiert und die Bürger bei der Arbeitssuche unterstützt werden, und die Bedürftigen müssen unterstützt werden.

Vorschläge:

ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

EU-Mittel in herausfordernde Regionen leiten, um Arbeitsplätze zu schaffen, indem intelligente und umweltfreundliche Investitionen wie Hochgeschwindigkeitsbahnverbindungen, verbesserte Zugänglichkeit und Anbindung an ländliche Gebiete und saubere, lokale Energieerzeugungsanlagen gefördert werden.

Wie? Wir verpflichten uns, Investitionen in ein kohärentes EU-weites Infrastruktursystem zu gewährleisten, das Regionen, einschließlich ländlicher Gebiete, durch verfügbare Finanzierungsmöglichkeiten verbindet und Projekten Vorrang einräumt, die Nachhaltigkeit und höhere Wertschöpfung für die gesamte Region fördern.

Wir werden private Investitionen in schwierigen Regionen und ländlichen Gebieten fördern und große und kleine Unternehmen unterstützen, die in umweltfreundliche Projekte investieren. Es ist wichtig, ausreichende wirtschaftliche Ressourcen und Humankapital zur Verfügung zu stellen, um diese Projekte zu realisieren.

Wir unterstützen den Aufbau von Kapazitäten in benachteiligten Mitgliedstaaten oder Regionen, um eine wirksamere öffentliche und private Beteiligung an Finanzierungsprogrammen zur Förderung von Öko-Innovationen, nachhaltigem Verkehr und Energiesystemen zu ermöglichen.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags stehen im Rahmen mehrerer EU-Programme wie Connecting Europe Facility, LIFE, Horizon Europe und

InvestEU zur Verfügung.

Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für die berufliche und berufliche Bildung, um die lebenslange Beschäftigungsfähigkeit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Lehrlinge zu erhöhen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Gebieten mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit.

Wie? Wir werden auf eine Aufstockung der EU-Mittel für die Jugendgarantie hinarbeiten, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, dafür zu sorgen, dass junge Menschen innerhalb von vier Monaten nach der Arbeitslosigkeit oder dem Ausscheiden aus der Schule ein qualitativ hochwertiges Angebot an Beschäftigung, Bildung, Lehre oder Ausbildung erhalten. Wir werden die Umsetzung der Jugendgarantie in Zusammenarbeit mit den nationalen Interessengruppen überprüfen, um Ineffizienzen zu beseitigen und die Wirksamkeit der Initiative zu verbessern. Wir werden uns auf Gebiete mit hoher Jugendarbeitslosigkeit konzentrieren und für eine deutliche Erhöhung der EU-Haushaltsmittel im nächsten Haushaltszeitraum (2021-27) sorgen und die Synergien mit anderen Programmen zur Optimierung der Mittelverwendung bewerten.

Wir werden Lernerfahrungen für nicht-akademische Berufe anbieten, indem wir ErasmusPRO erweitern, eine Aktion im Rahmen des Erasmus+-Programms zur Unterstützung der Langzeitvermittlung von Lehrlingen im Ausland. Ein verstärktes ErasmusPRO wird die Arbeitslosigkeit durch hochwertige Praktika, Praktika und Lehrstellen bekämpfen und weitere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Darüber hinaus wird es die soziale Eingliederung fördern, indem es den Zugang zu Teilnehmern mit benachteiligten Hintergründen erleichtert und die Mehrsprachigkeit fördert. Um es zu einem neuen EU-Flaggschiffprogramm zu machen, das den Anwendungsbereich von Erasmus+ erweitert, ist es wichtig, die Koordinierung mit anderen Programmen, wie beispielsweise der Jugendgarantie, zu verbessern und seine Anpassungsfähigkeit an die spezifische Situation jedes Mitgliedstaats zu verbessern.

Darüber hinaus werden wir die Verbesserung der Sichtbarkeit und Beteiligung am Europäischen Solidaritätskorps fördern, das jungen Menschen die Möglichkeit bietet, sich freiwillig oder in Projekten im In- und Ausland in einer Vielzahl von Bereichen, die mit solidarischen Aktivitäten befasst sind, zu engagieren. Die Teilnahme am Korps dient dem doppelten Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und junge

Menschen zusammenzubringen, um eine integrativere Gesellschaft aufzubauen, schutzbedürftige Menschen zu unterstützen und auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren und durch eine inspirierende und stärkende Erfahrung zu reagieren.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags stehen im Rahmen mehrerer EU-Programme wie Jugendgarantie, ErasmusPRO, ESF+, European Solidarity Corps, InvestEU, Erasmus+ und Horizon Europe zur Verfügung.

Erleichterung der Arbeitssuche in ganz Europa durch die Einrichtung einer echten europäischen Arbeitsplattform, die den Arbeitslosen und Arbeitgebern in ganz Europa entspricht. Ausbau der Europäischen Arbeitsverwaltungen (EURES) und Förderung einer besseren Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, um einen wirklich vereinten Arbeitsmarkt zu erreichen.

Wie? Wir wollen sicherstellen, dass die Wirksamkeit und Sichtbarkeit des Europäischen Arbeitsmarktservice (EURES) verbessert wird, indem wir mit den nationalen Arbeitsämtern, Arbeitgeberverbänden und Unternehmen zusammenarbeiten, um relevante Stellenangebote in ein einheitliches und überarbeitetes EURES-Format zu bringen. Diese Harmonisierung wird die Zahl der Stellenangebote auf europäischer Ebene erhöhen, die Arbeitssuche erleichtern und die Vermittlung effektiver gestalten. Die Mitgliedstaaten werden EURES auch nutzen, um Informationen über Arbeitskräftemangel und -überschuss pro Sektor bereitzustellen.

Wir schlagen vor, Algorithmen einzusetzen, um Angebot und Nachfrage auf der Grundlage von Datenanalysen abzustimmen, mit dem Ziel, zukünftige Arbeitsplatzmangel auf geografischer und sektoraler Ebene vorherzusagen und darauf zu reagieren. Der Einsatz dieser Algorithmen ermöglicht es, Präventivmaßnahmen vor dem Verlust von Arbeitsplätzen anzupassen.

Wir treten für die Verbesserung der Kapazität des Europäischen Sozialfonds und für das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation ein, das als integrative Instrumente fungiert und die Mobilität der Arbeitskräfte erleichtert, indem wir auf die erfolgreiche Vermittlung der am stärksten gefährdeten Gruppen, wie beispielsweise arbeitsloser Jugendlicher, und der am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen achten. Es sollten angemessene EU-Ressourcen und -Know-

how bereitgestellt werden, um die nationalen Arbeitsverwaltungen zu modernisieren und zu ihrer Effektivität beizutragen, wobei der Schwerpunkt auf Ländern mit Leistungsrückstand liegt, damit sie ihre Tätigkeiten ausüben können.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags stehen im Rahmen mehrerer EU-Programme zur Verfügung, wie ESF +, Erasmus +, Digital Europe, Horizon Europe und InvestEU.

Investitionsprogramme zur Unterstützung der dezentralen digitalen Arbeitskräfte, der Bereitstellung von Geräten und der digitalen Qualifizierung zu niedrigen Kosten. Die Investitionen werden sich auf Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und einem niedrigen Niveau an digitalen Fähigkeiten oder Zugang zu Technologien konzentrieren.

Wie? Wir fördern die Entwicklung digitaler Fähigkeiten, indem wir finanzielle Unterstützung aus EU-Mitteln gewähren, um den Besitz technologischer Geräte für Personen mit niedrigem Einkommen und Arbeitslose zu fördern. Dazu werden wir uns bei der Auswahl derjenigen, die eine solche Unterstützung benötigen, auf die nationalen Arbeitsverwaltungen verlassen, da sie einen besseren Überblick über die lokale Situation haben und in der Lage sind, Schulungen anzubieten und maßgeschneiderte Lösungen für Arbeitssuchende anzubieten. Wir ermutigen die Nutzung von Online-Trainingsplattformen und die Entwicklung neuer Bildungsinstrumente durch die Zusammenarbeit mit Universitäten, Ausbildungseinrichtungen und anderen Sozialpartnern, um Arbeitslose mit den für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erforderlichen Fähigkeiten auszustatten.

Wir fördern den Aufbau eines Dialogs mit den öffentlichen Arbeitsverwaltungen, um Programme zu schaffen, die neue Instrumente wie massive Online-Kurse nutzen, um Arbeitssuchende darüber aufzuklären, wie sie nach Arbeit suchen können, oder um ihren Lebensunterhalt durch Fernarbeit durch spezialisierte Coaches zu verdienen. Diese Programme wären in ganz Europa gleichermaßen digital zugänglich, was es einfacher macht, sich gezielt an diejenigen zu wenden, die nicht in den Bereichen Bildung, Beschäftigung oder Ausbildung tätig sind.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags sind im Rahmen mehrerer EU-Programme wie ESF+, Erasmus+, Digital Europe, Horizon Europe und InvestEU verfügbar.

UNTERNEHMERTUM

Die Gründung eines Unternehmens erleichtern, indem wir einen europäischen digitalen One-Stop-Shop einrichten. Auf diese Weise kann ein Unternehmen innerhalb von 3 Werktagen bei minimalen Verwaltungskosten gegründet werden. In Ergänzung dazu werden die Registrierungsgebühren und -prozesse harmonisiert und die Berichterstattung, die Steuererklärung und andere Regierungsinteraktionen in der gesamten EU gestrafft.

Wie? Wir schlagen vor, die Rolle der European Investment Advisory Hubs (EIAH) im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) zu stärken, um zusätzlich zu ihrer Rolle bei der Unterstützung investitionssuchender KMU als One-Stop-Shop zu fungieren und Unternehmen bei der Registrierung in jedem Mitgliedstaat und der EU als Ganzes zu unterstützen. Sobald ihre Rolle institutionalisiert ist, werden die UVPs in ganz Europa die Registrierungsverfahren straffen und den European Digital One Stop Shop einrichten.

Wir treten dafür ein, das europäische Gesellschaftsrecht zu ändern, um die Rechtsakte der Unternehmen der Mitgliedstaaten zu stärken. Das Insolvenzrecht, über das derzeit in der EU verhandelt wird, muss ehrgeiziger und aufeinander abgestimmt sein, um mehr grenzüberschreitende Geschäfte und Geschäftssicherheit für Unternehmen zu ermöglichen. Wir müssen einen Rechtsrahmen schaffen, um das Geschäftsumfeld für Investoren, Interessengruppen und Unternehmen zu verbessern. Dies wird den Binnenmarkt durch die Modernisierung und Harmonisierung des Verbraucher-, Vertrags- und Gesellschaftsrechts sowie durch die Umsetzung strengerer Gesetze gegen Diskriminierung und Geschlechtergleichstellung stärken.

Wir ermutigen Unternehmen, sich im Einklang mit dem EU-Gesellschaftsrecht als societates Europaeae (SEs) zu registrieren, indem sie den Bekanntheitsgrad und die Marke von SE erhöhen. Dies würde es den Unternehmen ermöglichen, leicht auf Unternehmen in anderen Mitgliedstaaten zu übertragen oder mit ihnen zu fusionieren. 3000 Unternehmen haben sich bereits als SE registriert, aber die meisten Registrierungen kommen aus einer begrenzten Anzahl von Mitgliedstaaten. Um einen fairen und integrativen Binnenmarkt zu schaffen, ist es wichtig, die SE in der gesamten EU zu fördern, zusammen mit einem Bündel gemeinsamer EU-Vorschriften für SE und einer weiteren Harmonisierung des europäischen Gesellschafts- und Arbeitsrechts.

Wir werden in die integrative Erziehung zum Unternehmertum investieren, um den Zugang derjenigen zu gewährleisten, die in diesem Bereich weniger vertreten sind, einschließlich Frauen und Mädchen, sowie derjenigen, die mit sozialer Ausgrenzung und Marginalisierung zu kämpfen haben, einschließlich ethnischer Minderheiten, Migranten und Flüchtlinge. Wir glauben, dass der Weg zur Überwindung der Hindernisse, mit denen diese Gruppen konfrontiert sind, über die Unterstützung von Peer-to-Peer-Verbindungen, Netzwerken und Plattformen für den Austausch bewährter Verfahren besteht.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags stehen im Rahmen mehrerer EU-Programme wie Erasmus für junge Unternehmer, Binnenmarktprogramm und ESF+ zur Verfügung.

Förderung des Unternehmertums und der Schaffung von Arbeitsplätzen durch verstärkte Investitionen in Technologien wie Blockchain, Big Data, künstliche Intelligenz und Cloud-Technologien, um die strategischen Sektoren Europas im globalen Wettbewerb zu unterstützen.

Wie? Erstens wollen wir den Europäischen Fonds für strategische Investitionen stärken, indem wir es ihm ermöglichen, Innovationen durch Direktinvestitionen zu finanzieren, und indem wir risikogerechtere Regeln für sein Kapital festlegen.

Darüber hinaus schlägt Volt vor, zur Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Unternehmen beizutragen, indem er Mittel in benachteiligten Regionen und solchen, die für mehrere Mitgliedstaaten von gemeinsamem Interesse sind, für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bereitstellt, die überschüssiges Kapital in den Ausbau ihrer Unternehmen, in Forschung und Entwicklung, in Ausbildungsprogramme für ihre Arbeitnehmer oder in die Schaffung neuer Arbeitsplätze investieren.

Darüber hinaus werden wir den Zugang zu Finanzmitteln für innovative KMU - diejenigen, die zum Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft und Gesellschaft beitragen - in der Gründungs-, Erweiterungs- und Transferphase erleichtern. Dieser Zugang zur Finanzierung sollte in Form von Darlehensgarantien und Eigenkapitalfazilitäten, einem verbesserten Zugang zu den Märkten und verbesserten Bedingungen für Unternehmensgründungen und -wachstum erfolgen, indem die Sichtbarkeit von Finanzierungsinstrumenten wie dem Programm Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und kleinen und mittleren

Unternehmen sowie den Programmen Innovation in KMU verbessert wird.

Schließlich fördern wir Sozialunternehmen, einschließlich alternativer Geschäftsmodelle wie Genossenschaften und Gegenseitigkeitsversicherer, und wir wollen einen besseren Zugang zu Finanzmitteln für unterrepräsentierte Gruppen im Bereich des Unternehmertums sicherstellen. Wir werden schädliche Praktiken wie die Kreditvergabe an gefährdete Gruppen, insbesondere im Bereich der Mikrofinanzierung, bekämpfen.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags stehen im Rahmen mehrerer EU-Programme wie Erasmus für junge Unternehmer, Binnenmarktprogramm, ESF+, InvestEU, Digital Europe, Horizon Europe und LIFE zur Verfügung.

NIEMAND WIRD ZURÜCKGELASSEN

Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards durch die Annahme eines Mindesteinkommens über der Armutsgrenze in allen Mitgliedstaaten.

Wie? Um den Grundsatz der Europäischen Säule der sozialen Rechte, der bekräftigt, dass "jeder, dem es an ausreichenden Mitteln mangelt, das Recht auf angemessene Mindesteinkommensleistungen hat, die ein Leben in Würde in allen Lebensphasen und einen effektiven Zugang zu Gütern und Dienstleistungen gewährleisten", wirklich umzusetzen, ist es notwendig, dass die sozialen Rechte zu einem Kernelement der beschäftigungspolitischen Leitlinien werden, die im Europäischen Semester, einem jährlichen Zyklus der politischen Koordinierung, festgelegt wurden. Wir werden dafür sorgen, dass alle Grundsätze der Säule in allen Mitgliedstaaten übernommen und umgesetzt werden.

Wir schlagen vor, die wirtschaftlichen Ressourcen zu optimieren, um sicherzustellen, dass sich die entsprechenden Fonds auf die soziale Eingliederung in allen Ländern konzentrieren. Dies wird es den Mitgliedstaaten ermöglichen, Projekte zu finanzieren, die ihren Bedürfnissen entsprechen, um ein Mindesteinkommen zu erzielen, Menschen und Familien aus der Armut zu führen und ihnen angemessene Lebensbedingungen zu bieten.

Um den radikalen Veränderungen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen, müssen wir mutig sein und Lösungen anbieten. Aus diesem Grund schlagen

wir vor, neue Modelle des Sozialschutzes zu testen, wie beispielsweise das Allgemeine Grundeinkommen (UBI). Um die Auswirkungen der UBI als politisches Instrument zu verstehen, brauchen wir gut konzipierte groß angelegte Pilotprogramme, die von lokalen oder nationalen Institutionen unter der Gesamtleitung der EU durchgeführt werden, was für die Gestaltung der Pilotprojekte, deren Überwachung und Bewertung der Ergebnisse von wesentlicher Bedeutung sein wird. Daher verpflichten wir uns, eine hochrangige Expertengruppe einzusetzen, die sich aus Regierungsvertretern der Mitgliedstaaten, Vertretern des Europäischen Parlaments und der Kommission sowie Vertretern des Ausschusses der Regionen, Wissenschaftlern, Sozialpartnern und anderen relevanten Interessengruppen zusammensetzt, um eine eingehende Analyse der UBI durchzuführen, um einen soliden Aktionsplan zur Umsetzung zu entwerfen und vorzulegen. Zunächst sollte die UBI an 5 verschiedenen Orten in Europa mit mindestens 10.000 Teilnehmern über einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren getestet werden.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags stehen im Rahmen mehrerer EU-Programme wie dem ESF+ und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zur Verfügung.

Unterstützung von Menschen, die ihren Arbeitsplatz in von Wirtschaftskrisen betroffenen Sektoren oder Regionen verloren haben, durch Verdoppelung der Mittel des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und Flexibilisierung. Diese Mechanismen werden den Übergang zu neuen Arbeitsplätzen erleichtern, wenn ein Unternehmen seine Tätigkeit aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten einstellt oder sich außerhalb der EU bewegt.

Wie? Wir wollen den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung vereinfachen und umfassender gestalten, damit er Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, unterstützen und ihnen die Möglichkeit geben kann, wieder in den Arbeitsmarkt einzutreten.

Wir werden die Synergien des Fonds mit den bereits verfügbaren Ressourcen untersuchen, um finanzielle Unterstützung und Ausbildung in Krisenzeiten bereitzustellen und gleichzeitig die einzelnen Anträge zu bewerten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es von grundlegender Bedeutung, die EU-Institutionen, die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden sowie die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Prozess einzubeziehen.

Finanzierung? Die Mittel stammen aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, der zusammen mit dem Europäischen Sozialfonds Plus und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung aktiviert wurde, um die von diesen Fonds angebotenen Synergien zu optimieren.

EUROPA ZU EINEM WIRTSCHAFTLICHEN KRAFTWERK MACHEN

→ Investitionen in die Zukunft

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, der sowohl Chancen als auch Herausforderungen für den Kontinent mit sich bringt. Europa muss mit gutem Beispiel vorangehen, wenn es um die Zukunft der Arbeit, Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlbefinden geht. Zu diesem Zweck ist es für Europa von entscheidender Bedeutung, seine Forschungs- und Innovationskapazitäten auszubauen. Von allen kommenden technologischen Entwicklungen wird erwartet, dass die künstliche Intelligenz die störendste ist; Europa muss bei der Erforschung seines Zukunftspotenzials an vorderster Front stehen.

Vorschläge :

INNOVATION

Sicherstellung der europäischen Spitzenleistungen in der Zukunft durch Verdoppelung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 4 % des BIP der EU bis 2025. Fordern Sie die Länder auf, in Innovationen zu investieren, um die ökologischen und sozialen Herausforderungen von morgen zu meistern.

Warum? Forschung und technologischer Fortschritt sind die Grundlage für unseren hohen Lebensstandard. Um unser zukünftiges Wohlbefinden zu gewährleisten und wettbewerbsfähig zu bleiben gegenüber traditionellen Mächten wie den USA und Japan sowie aufstrebenden Mächten wie China und Indien, müssen unsere europäischen und nationalen Forschungsprogramme intensiviert und die Ausgaben deutlich erhöht werden.

Wie? Die zentralisierte F&I-Finanzierung auf EU-Ebene durch die Forschungsrahmenprogramme im mehrjährigen Finanzrahmen fördert die internationale Zusammenarbeit und den Wettbewerb, treibt die Forschungsqualität über das von den einzelnen Mitgliedstaaten erreichbare Niveau hinaus und reduziert Doppelarbeit. Daher plädieren wir dafür, die Ausgaben für Forschung und Innovation auf 160 Mrd. EUR für das nächste Forschungsrahmenprogramm mit der Bezeichnung Horizon Europe zu erhöhen.¹⁷ Wir müssen auch die F&I-Mittel außerhalb des

¹⁷ Im Einklang mit den Empfehlungen im Bericht der unabhängigen hochrangigen Gruppe zur Maximierung der Wirkung von EU-Forschungs- und Innovationsprogrammen. Siehe Europäische Kommission, Investing in the European Future we want, verfügbar unter

mehrjährigen Finanzrahmens durch öffentlich-private Partnerschaften erhöhen, indem wir Investitionen in zweckmäßige Initiativen wie die gemeinsamen Unternehmen oder die Leitinitiativen erhöhen, um dringende Forschungsthemen und -ziele flexibler anzugehen.

Unser Ziel ist es, die F&I-Investitionen der EU und der Mitgliedstaaten besser aufeinander abzustimmen, um die Forschungsanstrengungen effektiv zu konzentrieren und die Effizienz zu steigern. Dazu gehören die Vereinfachung der EU-Finanzierungslandschaft, die Entwicklung einer gemeinsamen strategischen F&I-Agenda für den Europäischen Forschungsraum, die sich insbesondere auf Themen mit EU-Mehrwert konzentriert, die Stärkung der Rolle der Gemeinsamen Forschungszentren und die Ermutigung der Mitgliedstaaten, mehrjährige nationale F&I-Strategien zu entwickeln, die die gemeinsame Agenda ergänzen. Darüber hinaus glauben wir, dass es möglich ist, Ideen besser zu nutzen und mehr Forschung in Innovationen umzusetzen, indem die unternehmerischen Ökosysteme in nationalen und regionalen Technologieparks durch (regulatorische) politische Experimente und die Finanzierung von operationellen Programmen zur Wettbewerbsfähigkeit und Innovation verbessert werden. Schließlich wollen wir Anreize für private F&I-Investitionen und Industrieinvestitionen schaffen, die die universitäre/öffentliche Forschung in Innovationen umsetzen, indem wir die Mitgliedstaaten ermutigen, Steuergutschriften für Forschung und Entwicklung für die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Industrie und die Kofinanzierung einzuführen. Anreize sollten auf Start-ups und Unternehmen ausgerichtet sein, die nicht mit großen Unternehmen verbunden sind, und Investitionen, die auf EU-Mittel angewiesen sind, sollten auch für solche Steuergutschriften in Betracht kommen. Schließlich wollen wir eine umfassende EU-Finanzpolitik für F&I entwickeln, die es den Mitgliedstaaten und Regionen weiterhin ermöglicht, den lokalen Bedarf zu decken.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags sind hauptsächlich unter Horizon Europe verfügbar.

Schlau werden auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz durch Gründung eines EU High Level Artificial Intelligence Coordination Office, um die besten Köpfe und Unternehmen in diesem Bereich zusammenzubringen, eine europäische KI-Initiative zu gründen und hohe ethische Standards für KI festzulegen.

http://ec.europa.eu/research/evaluations/pdf/archive/other_reports_studies_and_documents/hlg_2017_report.pdf

Wie? Die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz erfordert eine europäische KI-Initiative: i) um eine kritische Masse für den globalen Wettbewerb zu gewinnen, da keine einzelne nationale Initiative allein mit der Konkurrenz anderer wichtiger Akteure wie den USA oder China mithalten kann, ii) um sicherzustellen, dass die KI-Technologie in Europa entwickelt wird und auf den Humanwerten der EU basiert, und iii) um sich auf unerwünschte Auswirkungen der KI wie unfreiwillige Arbeitslosigkeit vorzubereiten.

Um dies zu erreichen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die europäische KI-Initiative, einschließlich des hochrangigen KI-Büros, angemessen finanziert wird, und die Europäische Kommission bei ihrer angekündigten KI-Forschungs- und Entwicklungsinitiative unterstützen. Dazu gehört auch ein Budgetziel von 20 Milliarden Euro pro Jahr bis 2020 zur Unterstützung multinationaler Anstrengungen.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags stehen im Rahmen mehrerer EU-Programme wie Digital Europe, InvestEU und Horizon Europe zur Verfügung.

Bereitstellung von künstlicher Intelligenz für jedermann, indem die Unterstützung der Europäischen Investitionsbank für KI-Investitionen bis 2020 auf mindestens 1 Mrd. EUR pro Jahr erhöht und eine zentrale "KI-on-demand-Plattform" eingerichtet wird, die einen einzigen Zugangspunkt zu wichtigen KI-Ressourcen in der EU bietet.

Wie? Wir wollen KI verfügbar und zugänglich machen, indem wir eine "KI-on-demand-Plattform" schaffen, um KI-Entwicklern und Unternehmen einen öffentlich finanzierten europäischen Zugangspunkt zu Wissen, Daten und Rechenleistung zu bieten, der sie im Wettbewerb mit globalen Akteuren benötigt. Zur Umsetzung der Plattform kann die Europäische Kommission auf dem bestehenden Netz von mehr als 400 digitalen Innovationszentren aufbauen.

Wir werden darauf hinarbeiten, private Investitionen in KI anzuziehen, unter anderem durch eine Erhöhung der Unterstützung der Europäischen Investitionsbank für KI-Investitionen auf mindestens 1 Mrd. € pro Jahr nach 2020 und durch die Einführung des Paneuropäischen Risikokapitalfondsprogramms - Venture EU - ein Fonds mit einem Volumen von 2,1 Mrd. € zur Förderung von Investitionen in innovative Start-up- und Scale-up-Unternehmen in ganz Europa.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags stehen im Rahmen

mehrerer EU-Programme wie Digital Europe, InvestEU und Horizon Europe zur Verfügung.

ZUKUNFT DER ARBEIT

Schutz der Würde und Sicherheit der Arbeitnehmer, insbesondere in neuen Bereichen. Den Arbeitnehmern nicht-traditionelle langfristige Verträge (z.B. Gig, Plattform, Freelancer) mit Schutzstandards anbieten, die mit denen der traditionellen Arbeitsformen vergleichbar sind.

Wie? Eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern in flexiblen oder instabilen Arbeitsverhältnissen wird von der Sozialversicherung nicht ausreichend erfasst und ist einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt. Massive Veränderungen auf den Arbeitsmärkten, die durch das Entstehen neuer Arbeitsmodelle noch verstärkt werden, machen es unerlässlich, die Mechanismen des Sozialschutzes anzupassen, die auf der Schrumpfung traditioneller Beschäftigungsformen beruhen. Wir werden die Mitgliedstaaten bei der Reform ihrer Systeme der sozialen Sicherheit unterstützen, um formelle Deckungslücken zu schließen, so dass Nicht-Standard-Arbeitnehmer und Selbständige in ganz Europa garantierte Mindestschutzstandards für Arbeitslosigkeit, Krankheit und Gesundheitsversorgung, Mutterschaft oder Vaterschaft, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, Behinderung und Alter genießen. Wir werden dies durch die Ergebnisse des Sozialanzeigers und eine rechtzeitige Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien tun, die die Grundlage für länderspezifische Empfehlungen bilden, die sich aus dem Europäischen Semester, dem jährlichen Zyklus der politischen Koordinierung, ergeben.

Um unlauteren Wettbewerb zu vermeiden, insbesondere zwischen Online- und Offline-Jobs, werden wir EU-weite Systeme einführen, die mit Unterstützung der europäischen Sozialpartner definiert wurden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, um sicherzustellen, dass die Länder die gleichen Verpflichtungen hinsichtlich des Zugangs der Arbeitnehmer zum Sozialschutz einhalten, unabhängig von ihrem Status als Arbeitnehmer oder Selbständige.

Finanzierung? Da wir die Zusammenarbeit der Sozialpartner fordern, können Haushaltlinien für den Europäischen Sozialdialog genutzt werden, um Studien durchzuführen und bewährte Verfahren auszutauschen.

Schaffung flexibler Arbeitsplätze durch ein EU-weites Arbeitszeitauswahlgesetz, das es Arbeitnehmern und Arbeitgebern ermöglicht, flexible Formen der Arbeit auszuhandeln, die den Bedürfnissen des Einzelnen, des Teams und des Unternehmens entsprechen.

Wie? Wir werden den sozialen Dialog in Form von Konsultationen und Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern fördern. Tarifverträge auf sektoraler Ebene sind im Allgemeinen der beste Weg, um die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer zu stärken, und sie unterstützen Kleinunternehmen ebenso wie KMU, die auf solche Vereinbarungen angewiesen sind, wenn ihnen die interne Kapazität, das Personal oder das Know-how für Verhandlungen auf Unternehmensebene fehlen.

Wir werden ein unterstützendes Umfeld für betriebliche Vereinbarungen schaffen, das flexible Arbeitsplätze und Zeiten entsprechend den Bedürfnissen aller Beteiligten ermöglicht. Dies wird durch die Ausarbeitung eines Europäischen Gesetzes zur Wahl der Arbeitszeit durch eine sektorübergreifende Konsultation aller Sozialpartner (Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Regierungen und Bürgerorganisationen) erreicht, die einen besonderen Schwerpunkt, wie Familie und Gesundheit, auf nationaler und EU-Ebene haben.

Angesichts der Vielfalt der Arbeitnehmerpräferenzen, der Unternehmensanforderungen und der nationalen Gegebenheiten wird es immer schwieriger, einheitliche Regelungen für alle möglichen Situationen zu entwickeln. Stattdessen zielen die Politiken zur Wahl der Arbeitszeit auf eine "regulierte Selbstregulierung" ab, die die rechtlichen Grenzen und den grundlegenden Schutz bietet, die Sozialpartner aber bei der Suche nach ausgewogenen Lösungen für spezifische Situationen unterstützt.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Vorbereitung der europäischen Arbeitskräfte auf die Herausforderungen von morgen durch Reform und Anpassung des Europäischen Rates für sektorale Kompetenzen, um die in Zukunft benötigten Fähigkeiten zu erforschen. Dies wird die Synergien

zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor verbessern.

Wie? Wir werden die Reformierung und Anpassung der bestehenden Europäischen Fachräte für den Sektor fördern, um die in den einzelnen Sektoren erforderlichen Fähigkeiten zu erwerben und zu verstehen, und versuchen, die Auswirkungen der sich ausbreitenden Vierten Industriellen Revolution zu antizipieren. Die länderübergreifende Zusammenarbeit ist derzeit selten, und die Sektorräte auf EU-Ebene werden die Wirksamkeit der nationalen Räte erhöhen und sich positiv auf die Reaktionsfähigkeit der Bildungssysteme auf künftige Arbeitsmarktbedürfnisse auswirken. Um die Wirksamkeit dieser gemeinsamen Strategie zu gewährleisten, sollten die Räte aus Vertretern der nationalen und europäischen Sozialpartner bestehen und sicherstellen, dass die Ergebnisse die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in ganz Europa erreichen.

Die Räte werden eine beratende Funktion für nationale und europäische politische Entscheidungsträger sowie für Unternehmen und Arbeitnehmer in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die Entwicklung von Qualifikationen, die berufliche Bildung und die Weiterbildung haben. Die Räte werden Empfehlungen ausarbeiten, wie die Ressourcen aus den bestehenden EU-Programmen besser genutzt werden können, um die Finanzierung der vereinbarten Maßnahmen für Arbeitnehmer und Unternehmen zu erleichtern.

Wir werden einen öffentlichen Konsultationsprozess zu Work 4.0 auf europäischer Ebene einleiten, um die sich ändernden Grundwerte für die Arbeit in ganz Europa zu erforschen und die Formulierung von Politiken auf EU- und Mitgliedstaatenebene zu unterstützen.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags stehen unter Erasmus+ und für ergänzende Maßnahmen ESF+ zur Verfügung.

EUROPA ZU EINEM WIRTSCHAFTLICHEN KRAFTWERK MACHEN

→ Bildung als oberste Priorität

Damit Europa sein volles Potenzial ausschöpfen kann, muss die Bildung seiner Bürger eine zentrale Priorität sein. Bildung ermöglicht die Schaffung und den Austausch von Wissen, was sowohl das gegenseitige Verständnis als auch den sozialen Zusammenhalt fördert. Volt will die Bildung von einer Pflicht im frühen Alter zu einem lebenslangen Begleiter aufwerten und gleichzeitig das Erlernen formaler und informeller Fähigkeiten und deren Anerkennung in ganz Europa verbessern. Dadurch wird sichergestellt, dass die Bürger weiterhin erwerbstätig bleiben und besser geeignete Arbeitsplätze finden.

Vorschläge:

BILDUNG

Mehr Menschen die Möglichkeit geben, verschiedene europäische Länder kennenzulernen, indem das Budget für EU-Austauschprogramme (Erasmus+) aufgestockt wird, insbesondere für Schüler, Auszubildende und benachteiligte Studenten.

Warum? Die integrativen Auswirkungen von Erasmus müssen in größerem Umfang reproduzierbar gemacht werden und für alle Kinder und Studenten in Europa zugänglich sein. Auf diese Weise werden wir die Wurzeln und das Gefüge einer europäischen Gesellschaft schaffen, die alle einbezieht. Die Mobilität im Rahmen des Programms Erasmus 2021-2027 soll sich verdreifachen und 12 Millionen Menschen erreichen. Bisher hat das Erasmus-Programm vor allem Hochschulstudenten zugute gekommen, die im internationalen Kontext aufwachsen, während andere Gruppen von dieser Erfahrung ausgeschlossen wurden. Neue Mobilitätsmöglichkeiten müssen daher insbesondere auf Personen ausgerichtet sein, die traditionell nur eingeschränkt von Mobilitätsmöglichkeiten Gebrauch gemacht haben.

Wie? Volt wird sich auf die finanzielle Unterstützung der Mobilität konzentrieren und sich für eine stärkere Konzentration auf Sekundarschulen, benachteiligte Schüler und Schulen, Möglichkeiten des Lernens am Arbeitsplatz in den Jahren nach der formalen Berufsausbildung und durch Praktika sowie für den Ausbau des Freiwilligendienstes einsetzen. Darüber hinaus werden wir die Informationsverbreitung über Erasmus-Möglichkeiten durch eine bessere Zusammenarbeit der GD Bildung und Kultur mit nationalen und regionalen Institutionen verbessern. Dadurch wird die Reichweite auf

Regionen, Schulen und Demografien verstärkt, die bisher vom Erasmus-Programm unterversorgt waren. Schließlich werden wir das Erasmus-Programm und sein Budget auf die Anbindung von Grund- und Sekundarschulen in ganz Europa ausdehnen, um bis 2025 jedem Schüler mindestens eine Woche grenzüberschreitende Schulerfahrung zu ermöglichen.

Finanzierung? Ressourcen finden Sie unter Erasmus+ und möglicherweise auch unter ESF+.

Sicherstellung, dass jeder mit einer sich schnell entwickelnden Gesellschaft Schritt halten kann, indem das lebenslange Lernen auf alle, sowohl im beruflichen als auch im privaten Leben, ausgedehnt wird.

Warum? Volt schätzt Bildung als das Gut, das persönliche Erfüllung, soziale Integration und Beschäftigungsfähigkeit ermöglicht. Da gebildete Bürger zu dynamischen, gut funktionierenden Gesellschaften beitragen, muss die Verfügbarkeit einer qualitativ hochwertigen Bildung für alle während ihres gesamten Lebens als einer der Schlüsselfaktoren für eine lebendige, integrative und anspruchsvolle Demokratie anerkannt werden.

Wie? Wir treten für ein allgegenwärtiges und kostenloses (Online-)Lernen ein, indem wir - auch im Rahmen von Erasmus 2021-2027 - in Bildungskapazitäten und strategische Partnerschaften für digitales, personalisiertes Lernen investieren. Dies wird unabhängig von der Schulinfrastruktur oder der Anzahl der Lehrer ermöglicht. Wir werden EU-weite Standards für die Akkreditierung und gegenseitige Anerkennung von Online-Kursen entwickeln und gleichzeitig Leitlinien für Bildungseinrichtungen in den Mitgliedstaaten zur Einführung akkreditierter Online-Kurse festlegen. Schließlich werden wir den Aktionsplan für digitale Bildung über das Lernen in Schulen und die formale Bildung hinaus erweitern und darauf drängen, dass er Bestimmungen für Bürger jeden Alters gemäß dem digitalen Kompetenzrahmen für Bürger enthält. Die schnelle Einführung neuer Technologien hat ein erhebliches Potenzial zur Steigerung des allgemeinen Wohlbefindens. Das rasante Tempo der technologischen Entwicklung erfordert jedoch, dass wir es den Bürgern ermöglichen, diesen Weg fortzusetzen und ihre digitalen Fähigkeiten und Kompetenzen kontinuierlich zu aktualisieren, um die Vorteile des technologischen Fortschritts zu nutzen und nicht zurückzubleiben.

Finanzierung? Ressourcen finden Sie unter Erasmus+, ESF+, InvestEU und Digital Europe.

Bildung auf die nächste Stufe heben, indem die EU-Mittel für Lehrer aufgestockt und neue Lehrmethoden und -einrichtungen eingeführt werden. Dadurch wird adäquat berücksichtigt, wie verschiedene Schüler am besten lernen und ihren Bildungserfolg steigern.

Warum? Das schulische Umfeld hat einen entscheidenden und nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung der Kindheit und die Fähigkeit, im Leben erfolgreich zu sein. Um das richtige Schulumfeld zu schaffen, brauchen wir erfolgreiche Schulsysteme, die sozioökonomisch benachteiligte Schüler schützen, Präventionspraktiken in der (Vor-) Grundschule umsetzen und den Schulen die entsprechenden Instrumente und die Flexibilität geben, sich an die Vielfalt der Schüler und die Talente der Lehrer anzupassen.

Wie? Volt wird sicherstellen, dass genügend EU-Mittel zur Verfügung stehen, die Schulen und Schüler in schwachen Wirtschaftsregionen/Städten beantragen können, um den Zustand der Schulinfrastruktur und der Unterrichtsmaterialien wie IT-Ausrüstung, Hochgeschwindigkeits-Internetverbindung, Sportausrüstung und Bibliotheken zu verbessern. Darüber hinaus müssen unsere Bildungssysteme innovativ gestaltet werden, um eine qualitativ hochwertige Bildung zu gewährleisten. Um die Innovation voranzutreiben, werden wir darauf hinarbeiten, EU-Mittel im Rahmen von Horizon Europe für mehr Forschung im Bereich der Bildungsinnovation bereitzustellen, bei der die sozio-emotionale Entwicklung und Fähigkeiten wie Ausdauer, Gewissenhaftigkeit und Selbstkontrolle stärker im Vordergrund stehen. Zweitens werden wir die EU-weite Innovation bei den Lehrmethoden durch die Bereitstellung von Leitlinien und den Austausch bewährter Praktiken fördern, um der Förderung von Kreativität und Lernfähigkeiten und -kompetenzen in Lehrplänen wie mündliche Kommunikation, öffentliches Reden und schriftliche Fähigkeiten mehr Gewicht zu verleihen. Drittens werden wir neue EU-Standards als Alternative zu PISA formulieren, um die Bildungsqualität und die Fähigkeiten der Schüler zu bewerten, die pädagogische Erkenntnisse über die Entwicklung des Kindes und sozio-emotionale Kompetenzen besser berücksichtigen.

Darüber hinaus wird Volt gemeinsam mit relevanten Interessengruppen neue und angemessene Instrumente wie Benchmarks schaffen, um Kindern eine gesündere

Ernährung zu ermöglichen, indem es einen Standard für gesunde Mahlzeiten in Schulen definiert und durchsetzt, Schulen bei der Schaffung oder Verbesserung von Kantinen unterstützt, Schulkinder in Mahlzeiten einbezieht und darauf abzielt, bis 2025 ein staatlich gefördertes (warmes) Mittagessen pro Tag für Kinder bereitzustellen, die in Familien mit einem Einkommen aufwachsen, das unterhalb der Armutsgrenze liegt. Schließlich werden wir uns dafür einsetzen, dass alle Sekundarschüler in ganz Europa Englisch fließend lernen, indem wir die Lehrerausbildung und Englischprogramme finanzieren.

Finanzierung? Ressourcen finden Sie unter Horizon Europe, ESF +, InvestEU und Digital Europe.

DAS VOLTA PROGRAMM

Einrichtung des EU-Volta-Programms, das eine umfassende finanzielle Unterstützung für alle Ausbildungsmaßnahmen, einschließlich der Umschulung und Qualifizierung von Menschen, vorsieht.

Wie? Volt wird an der Entwicklung des neuen "Volta-Programms" arbeiten, das langfristig die Ressourcen umgruppieren und optimieren und auf bereits etablierten bewährten Verfahren aufbauen wird. Hauptziel des Programms ist die Förderung des lebenslangen Lernens durch die Unterstützung von Programmen zur Umschulung und Qualifizierung von Arbeitnehmern. Um die Beschäftigungsfähigkeit in einem wissensbasierten Umfeld zu verbessern, müssen diese Programme vorausschauend arbeiten und insbesondere für Arbeitnehmer zugänglich gemacht werden, die noch beschäftigt sind, aber auf Arbeitsplätzen, die kurz- und mittelfristig veraltet sein könnten.

Um in kürzester Zeit, d.h. vor der Aufstellung des vollständigen Programms, einsatzbereit zu sein, wird diese Initiative die bereits bestehenden europäischen Initiativen als Starthilfe innovativ nutzen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Mittel im Einklang mit unserem umfassenden und ehrgeizigen Ausbildungsprogramm eingesetzt werden.

Wir werden Programme für lebenslanges Lernen fördern, die unerlässlich sind, um den Arbeitnehmern die Fähigkeiten zu vermitteln, die ihre Wiederbeschäftigungsfähigkeit mit allen verfügbaren Mitteln erhöhen und ihre

Chancen auf einen Arbeitsplatz verbessern können, während sich Arbeitsplätze und Arbeitsplatzanforderungen in einem sich schnell entwickelnden Arbeitsmarkt ständig ändern.

Wir werden mit den europäischen Sozialpartnern zusammenarbeiten, um eine Rahmenvereinbarung zu fördern, die den Arbeitnehmern Zeit - eine Mindestanzahl von Tagen pro Jahr - und Ressourcen für die berufliche Entwicklung von Fähigkeiten zur Verfügung stellt und die langfristige Beschäftigungsfähigkeit stärkt.

Wir werden Forschungseinrichtungen und Universitäten einbeziehen, um Algorithmen und einfach zu bedienende Instrumente zur Unterstützung der Arbeitsverwaltungen und Berufsberater weiterzuentwickeln, wobei wir die genauesten verfügbaren Daten und Informationen über die Laufbahn und die Fähigkeiten nutzen werden, die im Rahmen der vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Pilotprojekte erforderlich sind.

Wir werden die Erwachsenenbildung fördern, indem wir die Möglichkeiten zur Verbindung von Hochschulen mit Universitäten sowie einer Reihe europäischer Verbände, Netzwerke und Arbeitsorganisationen erleichtern und schaffen, um Lösungen wie Online-Kurse zu entwickeln, um einen Abschluss zu erlangen, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern oder sich einfach selbst zu bereichern und das Wohlbefinden auf eine innovative Weise zu steigern, die den Bedürfnissen aller Arbeitnehmer gerecht wird und in ihren Tagesablauf passt.

Finanzierung? Langfristig werden wir vorschlagen, eine Verordnung zur Aufstellung des neuen "Volta-Programms" zu erlassen. Kurzfristig sind die eingesetzten Ressourcen unter Erasmus+, Digital Europe, Invest Eu, ESF+ zu finden.

Erleichterung des Studiums und der Arbeit überall in Europa durch mehr Transparenz und Anerkennung von Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen.

Wie? Wir werden dafür sorgen, dass die e-card für Berufe, ein vereinfachtes Verfahren für Anbieter von Geschäfts- und Bauleistungen zur Erledigung der für die Erbringung von Dienstleistungen im Ausland erforderlichen Verwaltungsformalitäten, angenommen und vollständig umgesetzt wird, was es den Fachleuten erleichtert, ihre Qualifikationen in allen EU-Ländern anerkennen zu lassen, indem das Parlament seinen Standpunkt übernimmt und einen akzeptablen Kompromiss mit dem Rat findet.

Darüber hinaus werden wir auf der Arbeit aufbauen, die bei der Validierung des informellen Lernens geleistet wurde, um sicherzustellen, dass keine Anstrengungen zur Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten verschwendet werden. Das Endziel ist der Aufbau eines gemeinsamen Systems, das in allen EU-Mitgliedstaaten anerkannt ist. Um dies zu erleichtern, werden wir eine Kampagne organisieren, in der wir um die Unterstützung der Europäischen Kommission bitten, um das Bewusstsein für dieses Thema zu stärken, an der Vertreter der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene beteiligt sind.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Verstärkter Fokus auf die digitale Kompetenz für alle Altersgruppen, durch den Beginn der Online-Bildung und -Kodierung in einem frühen Alter, durch die Einführung von lebenslangem Lernen und Berufsausbildung sowie durch die Betonung der psychischen Gesundheit und des sozialen Wohlergehens in digitalen Umgebungen.

Wie? Wir verpflichten uns, die digitale Kompetenz in die Bildung für alle Altersgruppen einzubeziehen. Die digitale Alphabetisierung muss bereits in jungen Jahren beginnen und im Rahmen der beruflichen Bildung, in den IKT-Lehrplänen und in Initiativen für lebenslanges Lernen wie dem Volta-Programm fortgesetzt werden. Gerade in jungen Jahren sollte die digitale Kompetenz von logischem und rationalem Denken begleitet werden, um sicherzustellen, dass sie alle Auswirkungen der digitalen Technologien verstehen.

Volt fördert Verhaltensweisen und Fähigkeiten, die zu einem gesunden und nachhaltigen Lebensstil führen, indem er neben technischen Kompetenzen wie der Programmierung auch die psychische Gesundheit und das soziale Wohlbefinden in einer digitalen Umgebung schützt.

Wir schlagen vor, die technische Bildung als Instrument der sozialen Integration zu nutzen. Zu diesem Zweck werden wir auf Best Practice-Initiativen der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft aufbauen, um unterrepräsentierte oder marginalisierte Gruppen im digitalen Bereich zu stärken, wobei wir uns besonders darauf konzentrieren werden, die geschlechtsspezifischen Unterschiede mit Initiativen wie den Women in Science and Engineering zu schließen.

Finanzierung? Die Mittel zur Finanzierung unseres Vorschlags stehen im Rahmen mehrerer EU-Programme zur Verfügung, wie beispielsweise ESF+ und Digital Europe.

AUFBAU EINER GERECHTEN UND NACHHALTIGEN GESELLSCHAFT

→ Nutzung grüner Chancen

Europa muss bei einem grünen wirtschaftlichen Wandel an vorderster Front stehen, um seine Vorteile zu nutzen und den Kampf gegen den Klimawandel zu führen. Um sicherzustellen, dass der Anstieg der globalen Temperatur 1,5°C nicht überschreitet, muss der Übergang zur Nachhaltigkeit viel schneller und mutiger erfolgen als heute. Auch wenn die EU nicht allein in der Lage ist, globale Herausforderungen anzugehen, kann und sollte sie bei dem Versuch, die unmittelbaren und künftigen Auswirkungen des Klimawandels zu verringern, eine Vorreiterrolle übernehmen und ein Beispiel für andere Regionen geben. Nur dann kann sie sich in den grünen Industrien der Zukunft positionieren.

Vorschläge:

CO₂-FUSSABDRUCK MINIMIEREN

Förderung der umweltfreundlichen Wirtschaft durch die Einführung einer EU-weiten CO₂-Steuer und anderer Formen der CO₂-Preisgestaltung entlang der gesamten Produktionskette und durch die Beendigung der Subventionen für fossile Brennstoffe. Die gewonnenen Mittel werden für relevante Klimaschutz- und Anpassungsprojekte sowie für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet.

Warum? Da in den Klimaberichten betont wird, dass wir nicht genug tun, um ein unhaltbares Ausmaß der globalen Erwärmung zu verhindern, müssen die EU-Politiken von indirekten Anreizen zur CO₂-Reduktion zu einem Preis für CO₂ übergehen. Europa verfügt über die Ressourcen und Technologien, um bei der Verhütung des Klimawandels eine Führungsrolle zu übernehmen, indem es die CO₂-Produktion drosselt, ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Wie? Wir werden einen Vorschlag zur Änderung der Energiesteuerrichtlinie vorlegen, um eine CO₂-Steuer auf die Sektoren einzuführen, die noch nicht unter das Emissionshandelssystem fallen, insbesondere fossile Brennstoffe im Verkehrs- und Heizungsbereich. Dieser Vorschlag wird die europäischen Länder verpflichten, einen Mindestsatz für die CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe einzuführen. Darüber hinaus werden wir vorschlagen, die Richtlinie über den Emissionshandel und die Auktionsverordnung dahingehend anzupassen, dass ein Mindestzertifikatspreis in das EU-Emissionshandelssystem (50 € im Jahr 2025) aufgenommen wird, um

langfristige Preisstabilität für die Entwicklung und Investition in saubere Technologien zu schaffen. Weitere Schritte, die unternommen werden, sind die Einführung eines Vorschlags zur Verringerung der kostenlosen Emissionszertifikate und die Überprüfung der Berechtigungskriterien, die in der "Liste der CO₂-Verluste" durch Änderung der Richtlinie über den Emissionshandel enthalten sind. Darüber hinaus werden wir einen Vorschlag zur Änderung der Energiebesteuerungsrichtlinie einbringen, um die Befreiung von fossilen Brennstoffen aufzuheben und so auf den Abbau von Subventionen hinzuarbeiten.

Finanzierung? Nicht anwendbar, dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Energie intelligenter nutzen, durch die Einführung intelligenter Stromnetze, durch die Festlegung ehrgeizigerer Energiesparziele und durch die Schaffung von Anreizen für umweltfreundliche und energiearme öffentliche Verkehrsmittel.

Warum? Da der Klimawandel implizit ehrgeizige Energieziele erfordert, müssen Schritte unternommen werden, um ein System zu etablieren, das in der Lage ist, Energieschwankungen und dezentrale Erzeugung zu bewältigen. In gleicher Weise muss sich der Verkehr im Allgemeinen in Richtung umweltfreundlicher, effizienter Infrastrukturen bewegen, die in der Lage sind, die Nachfrage zu befriedigen und gleichzeitig einen möglichst geringen Energiebedarf zu haben.

Wie? Wir werden einen Vorschlag zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen unterbreiten, indem wir ehrgeizigere Ziele für Klima und saubere Energie aufnehmen, die über die im europaweiten, national festgelegten Beitrag festgelegte Emissionsreduzierung von 40 % hinausgehen. Volt wird einen Vorschlag entwickeln, um ehrgeizigere Ziele in die Energieeffizienzrichtlinie und die Richtlinie über erneuerbare Energien aufzunehmen; wir arbeiten auf ein Emissionsminderungsziel von 55 % für das überarbeitete NDC, 40 % mehr Energieeffizienz und 45 % erneuerbare Energien bis 2030 hin. Ziel des Vorschlags ist es, die Emissionen des Verkehrssektors zu verringern, indem länderübergreifender grenzüberschreitender Güterverkehr bis auf die letzte Meile von der Straße verlagert wird, wodurch Verkehrsstaus und Umweltverschmutzung verringert werden. Darüber hinaus werden wir die Transportsubventionen von nicht autarken Anlagen wie Flughäfen auf wachsende emissionsarme Infrastrukturen umstellen. Wir werden die gemeinsame Nutzung alternativer Energien, die in europäischen Ländern erzeugt

werden, fördern, indem wir einen Vorschlag für ein neues Rechtsinstrument einbringen, in das harmonisierte Mindestnormen aufgenommen werden, um ein harmonisiertes EU-Netz von elektrischen LNG-/Wasserstofftankstellen zu erleichtern.

Finanzierung? Um die notwendige Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern im Hinblick auf den Aufbau eines harmonisierten Netzes für die Energieverteilung zu verwirklichen, werden wir uns auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung stützen. Der Kohäsionsfonds und die Strukturfonds werden zur Neuausrichtung der Verkehrssubventionen verwendet.

KREISLAUFWIRTSCHAFT

Die Kreislaufwirtschaft wirklich ankurbeln, indem die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen gefördert wird, die erneuerbar und nachhaltig sind. Dies geschieht durch die Harmonisierung der Steueranreize, die Beschleunigung der Regulierungsprozesse und die Bereitstellung von Mitteln, um die Gestaltung und Digitalisierung von Organisationen, Waren und Dienstleistungen zu überdenken.

Warum? In den letzten Jahrzehnten haben wir uns daran gewöhnt, Produkte ohne Rücksicht auf das Ende ihres Lebenszyklus zu konsumieren. Da künstlicher Müll immer sichtbarer wird, wo immer wir hingehen und was auch immer wir essen, glaubt Volt, dass es an der Zeit ist, sich in Richtung einer Kreislaufwirtschaft zu bewegen und wirklich von Lebenszyklen" der Produkte zu sprechen.

Wie? Es wurde bereits viel getan, um regulatorische Hindernisse in den europäischen Ländern zu beseitigen. Eine vollständig zirkuläre Wirtschaft wird jedoch behindert, weil das Regulierungssystem nicht entsprechend angepasst wurde. Wir werden einen Vorschlag für neue Rechtsvorschriften vorlegen, der sich auf die Bedingungen für ein solches neues Regulierungssystem konzentriert. Ein neues System wird auf der Grundlage von zwei Bedingungen funktionieren: 1) Dass es die Umweltkosten und den Wert der Rückgewinnung strategischer Materialien internalisiert, 2) dass es das Design für Rundheit durch eine erweiterte Herstellerverantwortung stimuliert. Um sicherzustellen, dass der Vorschlag die derzeitigen Hindernisse für die Unternehmen bei der Einhaltung der Rundschriften tatsächlich beseitigt, wird ein Ausschuss eingesetzt, der untersuchen soll, wie das neue Regulierungssystem gestaltet werden soll.

Darüber hinaus werden wir einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 94/62 über Verpackungsabfälle vorlegen, um eine Mindestharmonisierung in den europäischen Ländern einzuführen, um die Verpackung von Nichtverbraucherprodukten über Versandbehälter und Europaletten hinaus zu standardisieren und Mehrwegverpackungen auf der letzten Meile einzuführen.

Finanzierung? Wir werden Forschungsarbeiten über die besten Möglichkeiten zur Anpassung des Regulierungssystems auf der Grundlage des LIFE-Programms finanzieren.

Die Verschmutzung durch Kunststoffe stoppen und den Abfall im Allgemeinen reduzieren, indem die Verwendung von Kunststoff, Einwegprodukten und verschmutzten Wertstoffen besteuert und der Export von Abfällen in Drittländer verboten wird.

Warum? Da die Welt buchstäblich im Müll versinkt, sollten ehrgeizigere Anstrengungen unternommen werden, um die Verpackung deutlich zu reduzieren oder einen größeren Teil davon zu erhalten und zu recyceln. Die Kontamination von Wertstoffen ist ebenso problematisch wie die Unfähigkeit, Mischgutverpackungen richtig zu sortieren und wiederzuverwenden, da Drittländer nicht mehr bereit sind, EU-Abfall zu importieren. Volt glaubt, dass es Zeit zum Handeln ist.

Wie? Wir werden sicherstellen, dass Kunststoffabfälle auf ein Minimum reduziert werden, so dass das Recyclingziel von 55 % bis 2030 erreicht wird, wie in der EU-Plastikstrategie 2018 und der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle dargelegt, indem wir uns auf die Rolle der Unternehmen beim Recycling von Kunststoff konzentrieren. Wir werden einen Vorschlag zur Stärkung der Gesetzgebung zur erweiterten Herstellerverantwortung vorlegen und den Austausch bewährter Verfahren erleichtern, um die Bemühungen um eine profitable Verwertung zu unterstützen. Darüber hinaus werden wir sicherstellen, dass die europäischen Länder zusammenarbeiten, um bei der Reduzierung von Abfällen über die Grenzen hinaus ein Beispiel zu geben. Ein ähnliches Programm wie Horizon 2020 wird eingerichtet, um Projekte wie die Beseitigung des Great Pacific Garbage Patch zu unterstützen.

Finanzierung? Das LIFE-Programm wird genutzt, um bewährte Verfahren zu sammeln, um das Recycling für Unternehmen rentabel zu machen.

Hin zu einem nachhaltigen Konsum und nachhaltigen Staatsausgaben durch die Einführung eines Rundschreibens für Wirtschaft, durch die Einführung eines grünen Standards für das öffentliche Beschaffungswesen und durch die Unterstützung der Ressourcenteilung und der Langlebigkeit der Produkte.

Warum? Die aktuellen Produktvorschriften stellen hohe Qualitätsanforderungen, aber es sollte mehr Wert auf die Bedeutung der Langlebigkeit eines Produkts gelegt werden. Von Autos über Handys bis hin zu Kleidung haben wir uns daran gewöhnt, Produkte in kurzen Abständen zu ersetzen und oft noch perfekt nutzbare Gegenstände wegzwerfen.

Wie? Wir werden ein "CCE"-Label einführen, das dem Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltschutz "Zirkularität" verleiht (das bestehende "CE"-Label), ähnlich wie bei der Einführung des EU-Umweltzeichens. Darüber hinaus werden wir uns für ein System einsetzen, das Langlebigkeit und Reparaturfreiheit über eine Garantie von nur zwei Jahren belohnt, indem wir Mindeststandards einführen, die in allen Ländern der EU gelten und die Hersteller verpflichten, Produkte leichter reparierbar zu machen.

Finanzierung? Nicht anwendbar, dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT

Unterstützung einer nachhaltigen Landwirtschaft durch eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik weg von größeren Erzeugern und hin zu Erzeugern, die ökologische Ansätze verfolgen.

Warum? Es ist allgemein bekannt, dass die Viehzucht sehr ressourcenintensiv ist und in vielen Teilen der Welt zu Entwaldung und Erosion führt.¹⁸ Die Beibehaltung mittlerer und großer Produzenten kann den Wettbewerb erhöhen und die Preise niedrig halten, erhöht aber das Risiko der Entwicklung von Monokulturen, die sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus ökologischer Sicht nicht nachhaltig sind. Um eine

¹⁸ Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) verfügbar unter <http://www.fao.org/docrep/010/a0701e/a0701e00.htm>

nachhaltige Landwirtschaft zu erhalten, muss man sich auf industrielle Technologien verlassen, nur um die Ressourceneffizienz zu erhöhen und wenn dies keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt hat.

Wie? Wir werden die Reform der Nachhaltigkeit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) unterstützen. Erstens, durch die Einführung eines Vorschlags, erhöhte Auszahlungen als Teil der "grünen" Direktzahlung an Betriebe aller Größenordnungen in die GAP aufzunehmen, um von der Monokultur zu rotierenden und vielfältigen Kulturen überzugehen. Zweitens, durch die Bereitstellung von Vorteilen zur Förderung der gemeinsamen Nutzung und Ko-Investition in Maschinen, die Zusammenarbeit bei der Datenverarbeitung und die Entwicklung von Lösungen für die Nutzung von Gülle, Wasser und Lebensmittelabfällen.

Finanzierung? Dabei wird auf den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die regionale Entwicklung zurückgegriffen.

Steigerung der Produktqualität und der biologischen Vielfalt durch die Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben, die Flächen in Übereinstimmung mit den lokalen Ökosystemen bewirtschaften, durch die Konzentration auf die Vernetzung natürlicher Lebensräume und durch das Verbot der Verwendung von Pestiziden und Neonicotinoiden.

Warum? Die Konzentration auf Monokulturen und die damit verbundene Anfälligkeit von Nutzpflanzen und Nutztieren für Krankheiten erfordert einen starken Einsatz von Pestiziden und Antibiotika, die wiederum die Insektenpopulationen betreffen und Antibiotika für die Behandlung menschlicher Krankheiten nutzlos machen können. Das ist ein zu hoher Preis, um unsere Öko- und Gesundheitssysteme zu belasten.

Wie? Im Europäischen Parlament werden wir uns für eine EntschlieÙung einsetzen, die den Einsatz von Pestiziden einschränkt, die von den Bioverbänden nicht zugelassen wurden, um die lokale Biodiversität und Sortenvielfalt zu fördern und die Anfälligkeit für Pilze/Krankheiten zu verringern. Darüber hinaus werden wir, um die Verbindung zwischen der Aufnahme von Einkommensbeihilfen und dem Schutz des Tierschutzes weiter auszubauen, strengere Standards für die Tierhaltung mit artgerechten Herdengrößen, ausreichendem Platzangebot und der Integration von

Spielzeug als Teil einer allgemeinen Tierschutzgesetzgebung vorantreiben.

Finanzierung? Dabei wird auf den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die regionale Entwicklung zurückgegriffen.

AUFBAU EINER GERECHTEN UND NACHHALTIGEN GESELLSCHAFT

→ humane und verantwortungsbewusste Steuerung der Migration

Die EU befindet sich bei der Steuerung der Migrationsströme in einer politischen Krise. Zweifellos ist die Flüchtlingskrise eine politische Krise. Europa hat eine rechtliche und moralische Verantwortung zu helfen, es hat die Fähigkeit, Flüchtlingsströme aufzunehmen, und es wird dies in Chancen für alle umsetzen. Die Aufnahme einer vielfältigen Gruppe von Arbeitsmigranten in den europäischen Arbeitsmarkt kann sowohl zum Wohlergehen der europäischen Länder als auch zum Wohlergehen der Heimatländer der Migranten beitragen.

Vorschläge:

ASYLSUCHENDE UND FLÜCHTLINGE

Steuerung der Flüchtlingsströme aus Drittländern durch die Einrichtung eines einheitlichen EU-Flüchtlingsystems. Das Dubliner System muss reformiert und durch ein Vergleichssystem ergänzt werden, das Sanktionen und Sanktionen gegen Staaten vorsieht, die sich weigern, ihrer Verantwortung nachzukommen.

Warum? In den letzten Jahren haben die europäischen Länder gezeigt, dass sie allein der Aufgabe der Steuerung der Flüchtlingsströme nicht gewachsen sind. Allein gelassen, sind einige Länder überproportional betroffen und mit der Verantwortung im Zusammenhang mit der Migration überfordert. Folglich haben Migranten gelitten. Wir glauben, dass die europäischen Länder eine moralische und historische Verantwortung dafür tragen, dass Asylbewerber und Flüchtlinge human und fair behandelt werden. Die europäischen Länder sind gut und in der Lage, den Zustrom von Flüchtlingen zu bewältigen, wenn sie sich gemeinsam bemühen, zusammenzuarbeiten und die verfügbaren Ressourcen voll zu nutzen.

Wie? Wir werden uns dafür einsetzen, die Verantwortung für die Verwaltung von Flüchtlingen auf die europäische Ebene zu verlagern, so weit wie möglich, da es keine ausschließliche Zuständigkeit der EU gibt. Wir werden eine Mindestharmonisierung der Bedingungen für den Asylantrag vorschlagen, die in jedem europäischen Land gelten. Um diese Kriterien festzulegen, werden wir uns für eine Erweiterung des Mandats der EASO (Malta Asylum Office) einsetzen, ein standardisiertes Asylverfahren auf der Grundlage von zentral verfügbaren Daten zu entwickeln. Dann werden wir uns für eine Änderung der Verordnung 604/2013, die so genannte Dublin-Verordnung, einsetzen. Diese Änderung ersetzt das erste Einreiseland als das

Land, in dem ein Asylantrag gestellt werden muss. Stattdessen wird ein Präferenzprinzip befolgt: Asylbewerber erhalten das Recht auf Einreise, in den Ländern, in denen sie sich vorzugsweise aufhalten, Asyl zu beantragen. Nach der ersten Einleitung des Asylverfahrens im Präferenzland werden die Asylbewerber in ein Neuansiedlungssystem eintreten, um sicherzustellen, dass die europäischen Länder den Flüchtlingsstrom gemeinsam regeln. Die Bedingungen für die Umsiedlung werden auf objektiven Faktoren wie Bevölkerungsdichte, Vermögen, Alter und Wachstum beruhen. Das geänderte System wird es den europäischen Ländern ermöglichen, sich mit UnterkunftsKapazitäten oder Finanzmitteln zu beteiligen. Länder, die sich nicht daran halten, werden in Form von Entzug von Leistungen bestraft, wodurch das Fehlen von Solidarität einen Preis erhält.

Darüber hinaus werden wir einen Vorschlag für die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vorlegen, der die Möglichkeit vorsieht, Flüchtlinge nach einem bestimmten Zeitraum, wenn sie noch gefährdet sind (fünf bis sieben Jahre), dauerhaft aufzuhalten, vorausgesetzt, dass bestimmte Kriterien erfüllt sind, wie z.B. ein sauberer Leistungsausweis, Erwerb von Sprachkenntnissen und Kenntnisse der wichtigsten Elemente des Landes.

Finanzierung? Auf den Fonds für Asilmigration und -integration wird Verlass sein. Die Erweiterung des Mandats der EASO wird gemäß der EASO-Finanzverordnung finanziert.

Das Asylsystem fair, wirksam und schnell gestalten, indem EU-Leitlinien erlassen werden, die kürzere Asylverfahren gewährleisten und soziale, rechtliche und psychologische Unterstützung vorsehen.

Warum? Die Reform des Dubliner Systems und die Verbesserung des Asylverfahrens müssen Hand in Hand gehen. Asylsuchende für einen längeren Zeitraum bei der Entscheidung über ihren Rechtsstatus in einem "Schwebezustand" zu lassen, ist auf individueller Ebene schädlich und verhindert auch alle Bemühungen um eine sinnvolle Integration. Sowohl das Asylverfahren als auch die Möglichkeiten für Asylbewerber, sich zu integrieren, müssen verbessert werden, wenn wir wahrgenommene Risiken in tatsächliche Chancen verwandeln wollen.

Wie? Wir werden einen Vorschlag zur Änderung der Asylverfahrensrichtlinie vorlegen, um harmonisierte Mindestvorschriften über die Rechtsstellung von

Flüchtlingen in allen europäischen Ländern aufzunehmen. Damit bleibt den europäischen Ländern der Ermessensspielraum bei der Aufnahme oder Ablehnung von Asylbewerbern. Sie wird jedoch eine gemeinsame Norm für die Aufnahme von Asylanträgen und deren Behandlung während des Asylverfahrens enthalten, die sich an den von internationalen Expertenorganisationen wie dem UNHCR entwickelten Normen orientiert. Die Ausnahmen von den Mindeststandards werden überprüft und nach Möglichkeit schrittweise abgeschafft. Der Änderungsantrag wird sich insbesondere darauf konzentrieren, bessere Entscheidungen über Asylanträge in erster Instanz zu treffen, um das Verfahren schneller und effektiver zu gestalten, da weniger Rechtsmittel eingelegt werden müssen. Darüber hinaus wird durch den Änderungsantrag sichergestellt, dass die Annahme sicherer Drittstaaten widerlegt werden kann. Asylbewerbern sollte die Möglichkeit gegeben werden, im Einzelfall zu argumentieren, ob ein Drittland in ihrer besonderen Situation sicher ist.

Wir werden auch einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über die Aufnahmebedingungen einbringen, um weniger Ermessensspielraum bei der Auslegung dessen zu lassen, was ein angemessener Lebensstandard bedeutet. Der Vorschlag wird neben den Normen für den Wohnungsbau und den Zugang zu sozialen Diensten auch das Recht auf psychologische Unterstützung umfassen, wenn dies erforderlich ist.

Wir werden auch die Aufnahme eines Beschwerdesystems vorschlagen, falls diese gemeinsamen Verfahrensanforderungen in den europäischen Ländern nicht eingehalten werden. Ein solches Beschwerdesystem sollte außerhalb der nationalen Verwaltungsverfahren zur Verfügung stehen, um den Rechtsschutz von Asylbewerbern besser zu gewährleisten.

Finanzierung? Der Fonds für Asylmigration und -integration wird genutzt, um die Einrichtung eines europaweiten Beschwerdesystems zu erleichtern. Die regulatorischen Änderungen werden sich nicht auf den EU-Haushalt auswirken.

Sicherstellung einer erfolgreichen Integration und eines Nutzens für die Wirtschaft. Asylbewerber müssen vom ersten Tag an in den Arbeitsmarkt eintreten können und ihre Fähigkeiten müssen leichter erkennbar sein. Darüber hinaus muss allen Asylbewerbern ein Sprachkurs angeboten werden.

Warum? Die Integration beginnt mit der Aktivierung. Wir sollten Asylbewerber

unterstützen, die motiviert sind zu lernen und einen Beitrag leisten wollen. Indem wir zur Deckung der Grundbedürfnisse und auf dem Weg zur Beschäftigung beitragen, erfüllen wir unseren Teil der tatsächlichen Integration.

Wie? Wir werden einen Vorschlag zur Anpassung der Verordnung 2013/32 über die Gewährung und Aberkennung des internationalen Schutzes von Asylbewerbern einbringen, um sicherzustellen, dass das Recht auf Arbeit vom ersten Tag an berücksichtigt wird. Darüber hinaus wird dieser Vorschlag Verfahren zur Anerkennung von Fähigkeiten umfassen, die es Asylbewerbern ermöglichen, die von ihnen in ihrem Herkunftsland ausgeübte Tätigkeit fortzusetzen, soweit dies möglich ist.

Darüber hinaus werden wir uns für die Aufnahme einer Politik des "Ermöglichen und Erwartens" in die neue Asylverfahrensverordnung einsetzen. Diese Politik wird sicherstellen, dass die notwendigen Voraussetzungen für die wirksame Nutzung des Rechts auf Arbeit geschaffen werden, wie z.B. das Erlernen der Sprache des Bestimmungslandes. Es wird auch darauf hingewiesen, dass das Recht auf Arbeit wesentliche Verpflichtungen wie die Achtung der Rechtsstaatlichkeit beinhaltet.

Finanzierung? Nicht anwendbar, dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Wahrung der Rechte von Asylbewerbern und Flüchtlingen durch Überwachung und Sanktionierung von Mitgliedstaaten, die gegen diese Rechte verstoßen, z.B. durch Inhaftierung von Asylbewerbern, wenn dies unnötig und unter unmenschlichen Bedingungen ist.

Warum? Eine andere Haft als zu Verwaltungszwecken steht im Widerspruch zu internationalen Standards. Allzu oft wird die Inhaftierung als Instrument zur Steuerung und Demotivierung der Migration eingesetzt.¹⁹ Wir glauben, dass alle Nationen der Europäischen Union in der Lage sind, während und nach der Registrierung von Asylbewerbern sichere und humane Bedingungen zu bieten. Dies ist besonders wichtig, wenn es um die am stärksten gefährdeten Gruppen von Asylbewerbern geht, einschließlich unbegleiteter Minderjähriger.

¹⁹ Europäischer Rat für Flüchtlinge und Vertriebene (ECRE), Die Inhaftierung von Asylbewerbern in Europa, verfügbar unter: https://www.ecre.org/wp-content/uploads/2017/06/AIDA-Brief_Detention-1.pdf

Wie? Wir werden einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über die Aufnahmebedingungen einbringen, um den einzelnen Ländern weniger Ermessensspielraum bei der Entscheidung über die Bedingungen und Verfahrensgarantien der Inhaftierung zu lassen. Weniger Ermessensspielraum wird zum Ausstieg aus bereits bestehenden Praktiken führen, insbesondere in den Fällen, in denen die Inhaftierung zur Demotivierung und Kontrolle von Migranten genutzt wird. Sie wird sich auch mit der Praxis automatischer Alternativen zur Inhaftierung befassen, wie z.B. Hausarrest, der zur Kontrolle der Migration eingesetzt wird.

Darüber hinaus werden wir auf eine umfassendere Datenerhebung über die Haftpraktiken der einzelnen Staaten hinarbeiten, indem wir vorschlagen, eine Änderung der Verordnung über Migrationsstatistiken vorzunehmen. Spezifischere Berichtspflichten werden die Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen erleichtern.

Im Einklang mit einer verbesserten Überwachung werden wir vorschlagen, die Möglichkeit einzuführen, Leistungen für diejenigen Einzelstaaten zu erhalten, die guten Willens sind, die Standards für die Aufnahme von Asylbewerbern einzuhalten.

Finanzierung? Die Leistungen werden aus dem Fonds für Asylumigration und -integration finanziert.

Schutz der Bedürftigen durch Klassifizierung von Hunger- und Klimamigranten als Flüchtlinge nach europäischem Recht und durch verstärkte Nutzung humanitärer Korridore.

Warum? In instabilen Zeiten müssen wir die europäischen Bemühungen über die Grenzen hinaus verstärken. Dazu gehören die Konfliktbewältigung und der Aufbau lokaler Infrastrukturen, die verhindern, dass Menschen überhaupt zu Flüchtlingen werden müssen. Derzeit betrifft dies eine kleine Gruppe von Menschen und die meisten qualifizieren sich bereits als Flüchtlinge.²⁰ Volt ist jedoch der Ansicht, dass die europäischen Länder verpflichtet sind, die am stärksten betroffenen und am wenigsten für den Klimawandel verantwortlichen Menschen zu schützen und zu

²⁰ Horn von Afrika, Jemen, Nigeria. Siehe UNCHR, Todesgefahr durch Hunger am Horn von Afrika, Jemen, Nigeria wächst, Vertreibung steigt bereits an, verfügbar unter <https://www.unhcr.org/news/briefing/2017/4/58ec9d464/unhcr-says-death-risk-starvation-horn-africa-yemen-nigeria-growing-displacement.html>

unterstützen.

Wie? Als langfristiges Ziel werden wir eine Änderung der Flüchtlingskonvention von 1951 vorschlagen, die vorsieht, dass die Definition von Flüchtlingen auch Hunger- und Klimamigranten einschließt. Die europäischen Länder können das nicht allein tun, aber wir glauben, dass eine gemeinsame Lobby eine starke Botschaft aussenden und positiv zur Erreichung dieses Ziels beitragen wird.

Kurzfristig unterstützen wir, während wir uns für die Änderung der rechtlichen Definition eines Flüchtlings einsetzen, die (Wieder-) Einführung eines humanitären Visums für alle europäischen Länder. In den Vorschlag für den Gesetzestext werden wir die Hunger- und Klimamigranten als kollektive schutzbedürftige Gruppe aufnehmen, wodurch dieser Gruppe die gleichen Rechte wie den Flüchtlingen garantiert werden.

Die Einführung eines humanitären Visums wird zunächst durch eine Visumbefreiung für Bürger aus den wichtigsten Flüchtlingsländern erfolgen. Die Visumpflicht für Staatsangehörige aus diesen Staaten wird durch eine Anpassung der Visallisten in der Verordnung 539/2001 ausgesetzt. Langfristig werden wir ein Rechtsinstrument in Form einer Verordnung vorschlagen, in der die Vergabe von Kriterien und Verfahren enthalten ist.

Wir werden vorschlagen, auf die systematische Einrichtung humanitärer Korridore in allen europäischen Ländern zu setzen, damit Asylbewerber nicht auf Schmuggel und Menschenhandel zurückgreifen müssen, um nach Europa zu gelangen.

Finanzierung? Die systematische Einrichtung humanitärer Korridore wäre Teil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, auf das sich der Asylmigrations- und Integrationsfonds verlassen kann.

ARBEITSMIGRATION

Schutz von in- und ausländischen Arbeitnehmern vor den negativen Auswirkungen der Wirtschaftsmigration durch Anwendung einer Mindestharmonisierung zwischen allen europäischen Ländern, die sicherstellt, dass der Zugang zu grundlegenden sozialen, rechtlichen und medizinischen Dienstleistungen gewährleistet ist.

Warum? Ein Europa, das das Recht auf Freizügigkeit und Arbeit gewährt, muss über

mindestens ein Mindestmaß an Regeln verfügen, die die Freizügigkeit regeln. Dies bedeutet, dass die Grundversorgung für alle zugänglich ist, während gleichzeitig die nationalen Initiativen zur Umgehung von Vorschriften für kurzfristige, lokale Vorteile eingeschränkt werden.

Wie? Wir werden eine Politik einführen, die sich auf die Verlagerung konzentriert und auf den Bemühungen des Notfall-Umzugssystems 2015 aufbauen. Wir werden uns für die Einführung einer Richtlinie einsetzen, die die Rechte aller Kategorien von Wirtschaftsmigranten festlegt, ähnlich der geänderten Richtlinie 2014/36, in der die Rechte von Saisonarbeitern geklärt werden. Darüber hinaus werden wir auf eine größere Vielfalt unter den Migranten hinarbeiten, indem wir uns dafür einsetzen, die in den europäischen Ländern vorherrschende Praxis zu beenden, wohlhabenden Ausländern, die lokale Immobilien kaufen oder in lokale Geschäfte investieren, einen Aufenthalt zu gewähren.

Finanzierung? Nicht anwendbar, dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Verbesserung der legalen Wege nach Europa, indem ein spezielles Visum angeboten wird für Zeitarbeitskräfte aus dem Ausland.

Warum? Sowohl EU-Bürger als auch Nicht-EU-Bürger sehen sich heute noch mit Hindernissen konfrontiert, wenn es darum geht, auf den nationalen Arbeitsmärkten Beschäftigung zu finden und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Wir müssen vermeiden, dass Hochschulbildung verschwendet wird, indem wir den Marktzugang verbieten und Arbeitsmigranten, die sich integrieren und in die lokale Gesellschaft einbringen, eine langfristige Perspektive bieten, aber auch diejenigen nicht vergessen, die dazu noch nicht in der Lage sind.

Wie? Wir werden uns für eine Reform von "Dein Europa" einsetzen, die Arbeitsmigration und Integration für EU- und Nicht-EU-Bürger, die in einem anderen EU-Land leben und arbeiten wollen, umfasst. Darüber hinaus werden wir, sobald wir im Parlament sind, die Richtlinie über den einheitlichen Aufenthaltstitel und die Richtlinie über den langfristigen Aufenthalt erneut aufgreifen, um sicherzustellen, dass die Gruppen von Migranten, die für die Anwendung nach diesen Verfahren in Frage kommen, ausreichend unterschiedlich sind. Um sicherzustellen, dass Minderjährige einen angemessenen Schutz erhalten, werden wir die Einrichtung

eines europäischen Netzwerks für Vormundschaft unterstützen, das unbegleitete Minderjährige umfasst, die unter die Kategorie der irregulären Wirtschaftsmigranten fallen.

Finanzierung? Nicht anwendbar, dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Europa zu einer Drehscheibe für Talente und Innovationen zu machen, indem es die Erlangung eines Expertenvisums einfacher und attraktiver macht, insbesondere nach dem Erwerb eines Hochschulabschlusses in einem EU-Mitgliedstaat.

Warum? Der Aufbau nachhaltiger Zukunftsindustrien und -gesellschaften erfordert die Besten und Klügsten. Wir müssen die Werte, für die Europa steht, hervorheben und sie im Ausland eindeutig vermarkten, während wir Systeme einführen, die hoch qualifizierte Migration und Integration im Inland erleichtern.

Wie? Wir werden einen Vorschlag zur Änderung der Blue-Card-Richtlinie und der Richtlinie über die einmalige Genehmigung einbringen, um das Verfahren zur Verlängerung der Blue-Card für hochqualifizierte Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen zu vereinfachen. Durch diesen Änderungsantrag werden wir parallele Anträge und andere Verwaltungslasten beseitigen und so die Standortverlagerung in der EU erleichtern. Dies wird es den BlueCard-Inhabern und ihren Familienangehörigen ermöglichen, sich innerhalb des Schengen-Raums zu bewegen und eine andere Stelle anzunehmen.

Wir werden die Blue Card-Richtlinie dahingehend ändern, dass sie Leitlinien in Bezug auf Gehaltsschwellen, spätere Familienmigration, Visagültigkeit und Sozialversicherungen im Falle von Arbeitslosigkeit oder Invalidität auf der Grundlage bewährter Praktiken für hochqualifizierte Migration innerhalb Europas enthält.

Darüber hinaus werden wir uns für eine kohärente europäische Strategie der "Gewinnung der besten Talente" einsetzen und diese über EU-Delegationen und Botschaften der Mitgliedstaaten aktiv in "Zielländern" vermarkten.

Finanzierung? Nicht anwendbar, dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Sicherstellen, dass die Herkunftsländer und die europäischen Länder von der vorübergehenden Wirtschaftsmigration profitieren, indem die Interessen beider Seiten in Einklang gebracht und alle relevanten Interessengruppen (z.B. Arbeitgeber und Gewerkschaften) in den Prozess der Politikgestaltung einbezogen werden.

Warum? Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der EU war ein Schlüsselement zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und Integration. Es ist vorteilhaft, wenn es nachfragegetrieben (verfügbare Arbeitsplätze) ist, aber Mängel auf der Angebotsseite (verfügbare Kandidaten) aufweist, wenn nicht genügend qualifiziertes Personal gefunden werden kann oder neue Mitarbeiter in das System eintreten. Beide können durch Richtlinien abgedeckt werden.

Wie? In diesem Parlament werden wir einen Vorschlag für ein neues Rechtsinstrument in Form einer ortsspezifischen befristeten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Nicht-EU-Migranten ausarbeiten, die unter eine bestimmte Kategorie von Arbeitsmigranten fallen, wie z.B. Gesundheitspersonal oder Bauarbeiter, von denen es auf dem europäischen Arbeitsmarkt einen Mangel gibt. Die Zulassungskriterien für eine solche Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ergeben sich aus dem Austausch bewährter Verfahren auf nationaler Ebene der europäischen Länder und aus der Zusammenführung relevanter Interessengruppen wie Arbeitgeber und Gewerkschaften, die spezifisch für die europäischen Regionen sind. Die relevanten Interessengruppen werden gemäß den Konsultationsleitlinien 2015 zusammengeführt.

Finanzierung? Nicht anwendbar, dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

AUFBAU EINER GERECHTEN UND NACHHALTIGEN GESELLSCHAFT

→ Durchsetzung von Fairness und Gleichberechtigung

Menschen sind immer noch Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung aus verschiedenen Gründen ausgesetzt, einschließlich Geschlecht, Sexualität, Rasse, ethnischer Herkunft oder Weltanschauung. Die EU muss einen umfassenden Ansatz verfolgen, der darauf abzielt, alle Formen der Diskriminierung zu beenden. Jedem muss die Gleichberechtigung und Chancengleichheit garantiert werden, und die Menschenrechte müssen respektiert, angewendet und gewahrt werden. Lasst uns Europa bis 2025 gleichberechtigt machen!

Vorschläge :

GLEICHBERECHTIGUNG UND ANTI-DISKREMINIERUNG

Die Glasdecke durchbrechen, indem die Vertretung von Frauen in börsennotierten Unternehmen bis 2025 gesetzlich durchgesetzt ist und die Unternehmen verpflichtet werden, über geschlechtsspezifisches Entgelt und Geschlechtergleichgewicht zu berichten.

Warum? Mit dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle in der EU von 16,2 %²¹ und der durchschnittlichen weiblichen Vertretung in den Unternehmensleitungen von 23 %, ²² haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis wir die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz erreichen. Verbindliche Quoten und mehr Transparenz werden dazu beitragen, die Glasdecke zu durchbrechen, d.h. die Hindernisse, die Frauen im Weg stehen, ihr Potenzial voll auszuschöpfen.

Wie? Wir werden uns bemühen, die geltende Richtlinie über Frauen in Führungspositionen²³ zurückzuziehen und darauf hinzuarbeiten, sie durch einen

²¹ EU-Veröffentlichungen, Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2018, verfügbar unter <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/950dce57-6222-11e8-ab9c-01aa75ed71a1>

²² Die Europäische Kommission, Justiz und Grundrechte, abrufbar unter http://ec.europa.eu/justice/gender%20Qualität/Dateien/GenderBalance_Entscheidung/1607_factsheet_final_%20wob_data_en.pdf

²³ 23 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex%3A52012PC0614>

verstärkten Vorschlag zu ersetzen, der darauf abzielt, eine stärkere Vertretung von Frauen in Führungspositionen durch eine vorübergehende Geschlechterquote zu forcieren, die schrittweise umgesetzt werden soll - Unternehmen müssen bis 2020 30 % und bis 2025 40 % der Frauen erreichen. Ein solcher Zeitrahmen wird den Unternehmen genügend Zeit geben, ihre Nachfolgeplanung anzupassen und neue weibliche Geschäftsführer einzustellen. Wenn sie sich nicht daran halten, werden Unternehmen mit einem Delisting vom Markt und Geldbußen konfrontiert. Die neue Richtlinie wird auch eine Meldepflicht für das Geschlechtergleichgewicht und das geschlechtsspezifische Lohngefälle in öffentlichen und privaten mittleren und großen Unternehmen vorsehen. Um zu verhindern, dass die Richtlinie wieder blockiert wird, werden wir Druck auf die Mitgliedstaaten ausüben, öffentliche Positionen einzunehmen. Wir werden uns auch um die Anpassung einer Richtlinie bemühen, die darauf abzielt, die Beteiligung der Arbeitnehmer und die Stimmabgabe im Vorstand von börsennotierten Unternehmen zu gewährleisten (durch Aktualisierung der gescheiterten Fünften Gesellschaftsrechtsrichtlinie), die auch eine Gender-Klausel vorsieht, wonach Männer und Frauen gleichermaßen vertreten sein müssen.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Sicherstellung der Wahrung der Rechte der Frauen durch Legalisierung und Zugang zu kostenloser Abtreibung bis zum Ende des ersten Trimesters sowie durch kostenlose Verhütung in ganz Europa.

Warum? Der Zugang zu Dienstleistungen, Gütern und Einrichtungen der reproduktiven Gesundheitsfürsorge ist für Frauen in einigen europäischen Staaten nach wie vor eingeschränkt, da strenge Abtreibungs- und Verhütungsvorschriften dazu führen, dass Frauen nicht in der Lage sind, die volle Kontrolle über ihren eigenen Körper zu übernehmen.²⁴ In fünf verbleibenden EU-Ländern ist die

²⁴ So ist beispielsweise in Polen die Abtreibung nur rechtmäßig, um das Leben oder die Gesundheit einer Frau zu schützen, in Situationen schwerer fetaler Anomalie oder wenn die Schwangerschaft auf Vergewaltigung oder eine andere kriminelle Handlung wie Inzest zurückzuführen ist; und selbst in Situationen, in denen die Abtreibung legal ist, verbinden sich mehrere Hindernisse, um den Zugang von Frauen in der Praxis zu beschränken. Siehe Human Rights Watch, Polnisches Parlament muss die Gesundheit und die Rechte der Frauen schützen, verfügbar unter <https://www.hrw.org/news/2018/03/22/polish> Das Parlament muss die Gesundheit und die Rechte der Frauen schützen.

Abtreibung entweder verboten oder eingeschränkt, während der Zugang zu Verhütungsmitteln in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist.

Wie? Wir werden eine Empfehlung vorschlagen, in der alle Mitgliedstaaten aufgefordert werden, eine gemeinsame Abtreibungspraxis festzulegen und die nationalen Rechtsvorschriften so zu ändern, dass Abtreibung auf Antrag bis mindestens zur zwölften Schwangerschaftswoche legal ist, und zwar in Fällen, in denen der Fötus nicht lebensfähig ist oder die weitere Schwangerschaft die Mutter gefährden würde. Jeder Gesundheitsdienstleister muss den Ort und die Gesamtzahl der Ärzte, die Abtreibungen durchführen können, ermitteln und dem Ministerium jedes Mitgliedstaats mitteilen - jedes Krankenhaus und jede Klinik muss mindestens einen Arzt haben, der Abtreibungen durchführen kann. Diese Informationen müssen öffentlich zugänglich sein. Darüber hinaus wird in der Empfehlung gefordert, dass alle Formen der Verhütung zugänglich und kostenlos sein müssen.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Gewährleistung gleicher Rechte für alle, indem jedem Einzelnen in der Gesellschaft der Zugang zu den gleichen Verfahren, Rechten und Gewerkschaften gewährt wird, einschließlich der Ehe für alle.

Warum? Es gibt in der gesamten EU mehrere Fälle, in denen bestimmte Mitglieder der Gesellschaft in benachteiligte Positionen gebracht werden. Ein markantes Beispiel ist, dass gleichgeschlechtliche Ehen und gemeinsame Adoptionen nur in 15²⁵ bzw. 15²⁶ Mitgliedstaaten legal sind. Darüber hinaus fallen ethnische und religiöse Minderheiten oft der Marginalisierung zum Opfer und haben Schwierigkeiten, ihre Bürgerrechte und -freiheiten effektiv zu genießen.²⁷ Ebenso haben Menschen mit Behinderungen, die 17,6% der Europäer ausmachen, Einschränkungen, die sie daran

²⁵ Ehe, Europa, verfügbar unter

https://europa.eu/youreurope/citizens/family/couple/marriage/index_en.htm

²⁶ Die Europäische Region der Internationalen Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans und Intersex-Vereinigung, verfügbar unter <https://rainbow-europe.org/#0/8682/0>

²⁷ Equinet Working Group on Equality Law, Fighting discrimination on the ground of race and ethnic origin, verfügbar unter

http://www.equineteurope.org/IMG/pdf/equinet_discussion_paper_final_-_web-2.pdf

hindern, sich voll an der Gesellschaft zu beteiligen.

Wie? Wir werden dafür sorgen, dass im Europäischen Parlament eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten zur Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe als Rechtsform der Zivilunion verabschiedet wird, die es jedem Paar ermöglicht, die gleichen Möglichkeiten zur Adoption eines Kindes unabhängig von seiner sexuellen Orientierung zu haben. Wir werden uns auch für die Annahme einer Richtlinie einsetzen, die die wirksame Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien 2000/43/EG und 2000/78/EG gewährleisten soll. Im Rahmen der Durchsetzungsrichtlinie werden wir die Mitgliedstaaten ersuchen, die Anwesenheit eines Antidiskriminierungsbeauftragten mit Überwachungs- und Disziplinalgewalt in sensiblen Bereichen wie Schulen, Arbeitsplätzen, Gerichten, Krankenhäusern, Sport und Freizeitaktivitäten zu verlangen. Darüber hinaus werden wir eine Richtlinie (basierend auf den Grundsätzen von Artikel 153 Absatz 1 Buchstaben a und h) erarbeiten und unterstützen, die darauf abzielt, Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Ziel einer solchen Richtlinie ist es, strukturelle Barrieren zu beseitigen und die Auswirkungen einer Beeinträchtigung auf die Fähigkeit einer Person zur Teilnahme am Arbeitsleben so gering wie möglich zu halten. Die Richtlinie wird die derzeitige europäische Behindertenstrategie ergänzen.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

DER ÖFFENTLICHE SEKTOR

Beendigung der polizeilichen Gewalt und der diskriminierenden Behandlung von Minderheiten, Bereitstellung von Polizeiausbildung und Gesetzesrevisionen, Bekämpfung einseitiger Verfolgung und Sicherstellung, dass die Justiz Minderheiten nicht diskriminiert.

Warum? Trotz bestehender Antidiskriminierungsgesetze werden Minderheiten in ganz Europa von der Polizei häufig ohne ausreichende Rechtfertigung außer ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe oder Religion zur Kontrolle und Befragung herausgegriffen.²⁸ Sie sind auch eher mit Verhaftungen, Anklagen, Strafverfolgung

²⁸ Human Rights Watch, Frankreich: The Human Rights Implications of the Presidential Campaign, verfügbar unter

und Inhaftierungen konfrontiert. Ebenso werden diese Personen zusammen mit anderen gefährdeten Gruppen - einschließlich Frauen und LGBTIQ+ Menschen - oft vor Gerichten diskriminiert, weil sie innerhalb der Justiz voreingenommen sind.

Wie? Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU-Agentur für Strafverfolgungsausbildung klare und gemeinsame Leitlinien entwickelt und die Ermessensspielräume der Beamten begrenzt. Wir werden auch den Grundprinzip des Zugangs zum Recht, der bereits von der EU anerkannt wurde (Artikel 47 CFREU; Artikel 4.3 EUV; Artikel 19 EUV), stärken, indem wir eine Bewertung einleiten, die darauf abzielt, die Durchführung dieser EU-Maßnahmen zu testen und zu verbessern, die darauf abzielen, eine faire und öffentliche Anhörung vor einem Gericht zu gewährleisten, wie die Richtlinie 2012/13/EG, die Richtlinie 2010/64/EU und die Richtlinie 2013/48/EG. Darüber hinaus werden wir eine interinstitutionelle Erklärung fördern, in der festgelegt ist, dass die EU alle Rechte und Freiheiten, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention als allgemeine Grundsätze des EU-Rechts definiert sind, anerkennt, einschließlich, aber nicht beschränkt auf das Verbot der Folter, das Recht auf ein faires Verfahren und das Recht auf ein wirksames Rechtsmittel.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Ziel ist die vollständige Gleichstellung und Vielfalt unterrepräsentierter Gruppen im öffentlichen Sektor der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen, indem sie eine Präferenzbehandlung einführen, über Vielfalt berichten und besonderen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Warum? Schlüsselpositionen in der Öffentlichkeit, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, werden von einer homogenen Gruppe von Personen wahrgenommen, die die Gesellschaft, die sie repräsentieren sollen, nicht angemessen darstellen.

Wie? Im Europäischen Parlament werden wir eine Richtlinie erarbeiten, die die nationalen, regionalen und lokalen öffentlichen Verwaltungen verpflichtet, während des gesamten Einstellungsverfahrens Personen aus einer unterrepräsentierten

<https://www.hrw.org/news/2017/03/29/france> Auswirkungen auf die Menschenrechte Präsidentschaftskampagne

Minderheit besonders zu berücksichtigen, wenn die Endkandidaten gleich qualifiziert sind. In der Richtlinie wird auch gefordert, dass über die allgemeine Vielfalt Bericht erstattet wird und ein Antidiskriminierungsbeauftragter eingesetzt wird.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

Gewährleistung einer gleichberechtigten Geschlechterrepräsentation in der EU-Politik und Förderung der Beteiligung von Frauen, durch geschlechtsspezifische alternative Kandidatenlisten und durch andere Mittel, wie z.B. die obligatorische Berichterstattung über die Geschlechterrepräsentation.

Warum? In der EU sind bis zu 70% der nationalen Parlamentarier Männer, und Frauen machen nur 36%²⁹ des Europäischen Parlaments aus, obwohl Studien zeigen, dass mehr Frauen in der Politik zu stärkeren Demokratien führen. Diese Diskrepanz muss sich ändern, und wir müssen sicherstellen, dass die Geschlechterrepräsentation in Entscheidungspositionen zunimmt.

Wie? Während wir im Europäischen Parlament sind, werden wir daran arbeiten, eine Richtlinie zu verabschieden, die alle EU-Organen verpflichtet, über das Geschlechterverhältnis Bericht zu erstatten und konkrete Pläne zur Verbesserung der Geschlechterrepräsentation im Rahmen der EU zu erstellen. Darüber hinaus werden wir eine Empfehlung vorantreiben, in der die politischen Parteien aufgefordert werden, die Parität auf den Wahllisten zu erreichen. In der Empfehlung werden auch alle politischen Parteien aufgefordert, geänderte Listen von männlichen und weiblichen Kandidaten für die Europawahlen vorzulegen.

Finanzierung? Nicht anwendbar: Dieser Vorschlag verursacht keine Kosten für den EU-Haushalt.

²⁹ Europäisches Parlament, Frauen im Europäischen Parlament, verfügbar unter http://www.europarl.europa.eu/RegData/publications/2018/0001/P8_PUB%282018%290001_DE.pdf

INKLUSION

Erschwingliche Wohnungen durch die Integration von Sozial- und Gemeinschaftswohnungen in die EU-Kohäsionspolitik. Nutzung der verfügbaren Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verbesserung der Situation von Gruppen mit niedrigem Einkommen, einschließlich marginalisierter Gruppen, und Aufforderung an die Mitgliedstaaten, das gemeinsame soziale Leben zu subventionieren.

Warum? Die Produktion von Sozialwohnungen ist in den meisten europäischen Staaten in den letzten Jahren zurückgegangen. In der gesamten EU leidet etwa 1 von 20 Menschen unter schwerer Wohnungsnot, und der Wohnungsbau ist derzeit der höchste Aufwand für die Europäer, wobei die Überlastungsrate hoch bleibt.³⁰ Darüber hinaus wachsen die Hauspreise in den meisten Mitgliedstaaten schneller als das Einkommen, was vor allem die armen und marginalisierten Gruppen, einschließlich Kinder, betrifft.

Wie? Wir werden die Europäische Kommission bei der Modernisierung ihrer Kohäsionspolitik unterstützen und sicherstellen, dass der neue Rahmen Mittel für nachhaltige soziale und gemeinsame Wohnungen in der gesamten EU bereitstellt. Wir werden dies tun, indem wir uns für die Grundsätze der Charta der Grundrechte der EU und der Europäischen Säule der sozialen Rechte einsetzen, dass der Zugang zu erschwinglichen Wohnungen und Unterkünften ein Kernelement des Ziels der "sozialen Eingliederung" ist. Wir werden die Europäische Kommission auch auffordern, den sozialen Wohnungsbau in die Zuweisung relevanter Mittel - wie des Europäischen Sozialfonds Plus, des Europäischen Fonds für strategische Investitionen und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung - einzubeziehen, um die Mitgliedstaaten zu unterstützen und die Transparenz und Zugänglichkeit dieser Mittel zu erhöhen. Schließlich werden wir uns im Europäischen Parlament für eine Empfehlung der Kommission einsetzen, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, in Sozialwohnungen und andere Formen des Miteinanderlebens als wesentliches Instrument zur Armutsbekämpfung und zur Unterstützung marginalisierter Gruppen zu investieren. Wir werden auch die Zyklen der politischen Koordinierung, nämlich das Europäische Semester und die offene Koordinierungsmethode, nutzen, um die Mitgliedstaaten zu ermutigen, Initiativen für einen nachhaltigen Wohnungsbau zu ergreifen.

Finanzierung? Es werden verschiedene Fonds verwendet, darunter der Europäische

³⁰ Eurostat, Wohnungsstatistik, verfügbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Housing_Statistics

Sozialfonds Plus, der Europäische Fonds für strategische Investitionen und der Europäische Fonds für regionale Entwicklung.

Bekämpfung der Kinderarmut durch die Einführung eines Mindeststandards für universelles Kindergeld in der gesamten EU.

Warum? Bis zu 25 Millionen Kinder in der EU leben in Haushalten mit niedrigem Einkommen und sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.³¹ Kinderarmut kann langfristige Folgen haben, die sich auf Bildungsabschlüsse, den Zugang zu Chancengleichheit und die Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Leben auswirken.

Wie? Wir werden darauf hinarbeiten, dass der Umsetzung von Mindeststandards für universelles Kindergeld angemessene Aufmerksamkeit und finanzielle Mittel gewidmet werden, um das Wohlergehen der Kinder bis zum Erwachsenenalter zu gewährleisten und ihre Menschenwürde zu wahren. Wir werden eine enge Zusammenarbeit und einen Dialog mit den EU-Institutionen, wie dem Rat und der Kommission, einleiten, um sicherzustellen, dass die nationalen operationellen Programme des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ausreichende Mittel zur Finanzierung dieses Vorschlags bereitstellen. Darüber hinaus werden wir die Festlegung der nationalen operationellen Programme mit Hilfe der dem Europäischen Parlament zur Verfügung stehenden Instrumente überwachen.

Finanzierung? Der Fonds für regionale Entwicklung und der Europäische Sozialfonds Plus werden genutzt.

³¹ Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Bekämpfung der Kinderarmut: ein Thema der Grundrechte, verfügbar unter <http://fra.europa.eu/en/publication/2018/child-poverty>